



**HEIMAT
IM
HERZEN**
ZUKUNFT IM BLICK

LANDTAGS
WAHLPROGRAMM

der sächsischen Nationaldemokraten



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das vorliegende Landtagswahlprogramm bietet Ihnen einen Überblick über die politischen Ziele, die sich die sächsischen Nationaldemokraten für die kommenden fünf Jahre vorgenommen haben.

Unser Programm fußt auf der Erfahrung von zehn Jahren harter politischer Arbeit im Sächsischen Landtag und knüpft an viele Initiativen an, die die NPD-Fraktion

offen zugeben würden. Ganz gleich, ob man die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zum Zusammenbruch der Landesbank Sachsen oder zum NSU-Komplex, die Einführung eines Gedenktages für die Heimatvertriebenen in Sachsen oder die Schließung der Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Schneeberg betrachtet – alle diese Maßnahmen gingen auf parlamentari-



Holger Szymanski

- » geboren 1972 in Görlitz
- » Studium der Rechtswissenschaften, der Neueren und Neuesten Geschichte, Sächsischen Landesgeschichte und Politikwissenschaften an der Technischen Universität Dresden
- » Landesvorsitzender der NPD Sachsen
- » NPD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag

in den letzten zwei Wahlperioden im Landesparlament ergriffen hat.

Wir machen uns keine Illusionen und wollen Ihnen reinen Wein einschenken: Die Rolle einer Oppositionspartei ist in dem politischen System, in dem wir alle leben, nicht darauf ausgerichtet, unmittelbar Einfluß zu nehmen auf die Regierungsarbeit. Das trifft auch auf andere Parteien zu, die nicht die Regierung stellen. Die NPD wird dabei in besonderer Weise ausgegrenzt, indem man wild mit der Faschismuskeule um sich schlägt, indem versucht wird, die Initiativen der Fraktion lächerlich zu machen oder indem man Anträge einfach ignoriert oder als überflüssig darstellt. Oft tauchen dann gerade diese angeblich überflüssigen Initiativen einige Zeit später als vermeintliches Produkt anderer Fraktionen wieder auf und entfalten so indirekt doch eine Wirkung – was die anderen Parteien natürlich nie

sche oder außerparlamentarische Initiativen der NPD zurück. Die NPD wirkt also sehr wohl, auch wenn sie kein Teil der Sächsischen Staatsregierung ist.

Durch ihre Ausgrenzung aus dem Herrschaftssystem ist die NPD aber zugleich die einzige politische Kraft in Deutschland, die völlig unabhängig von Lobbygruppen agieren kann und die keine Rücksicht auf Verpflichtungen gegenüber Konzernen und anderen wirtschaftlichen Akteuren nehmen muß.

Aufgrund dieser Unabhängigkeit können wir auf den verschiedenen Politikfeldern frei unsere Meinung bilden und dabei die Interessen unserer eigenen Landsleute, also von Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger, in den Mittelpunkt stellen. Sie können sich leider nur alle fünf Jahre bei den Regierenden Gehör verschaffen, indem Sie z.B. die NPD wählen. Unsere Aufgabe ist es dann, als

Abgeordnete Monat für Monat im politischen Alltag des Landtags die Stimme zu erheben und die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler zu vertreten.

Bei der Landtagswahl 2009 haben uns etwas mehr als 100.000 Sachsen das Vertrauen geschenkt. Wir würden uns freuen, wenn es diesmal noch einige mehr werden. Es liegt an Ihnen, ob es im Sächsischen Landtag weiterhin eine Partei geben soll, die klar und deutlich auch jene Themen anspricht, die die Herrschenden am liebsten totschweigen möchten, wie beispielsweise die mehr als problematische und ungehemmte Zuwanderung in unser Land oder die immer neuen Attacken des Brüsseler EU-Molochs.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Vertretung der Interessen all der Sachsen, die in den „Entleerungsräumen“ leben – ein schreckliches Wort für jene Gebiete, die stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen sind, was zur Folge hat, daß dort immer mehr Infrastruktur abgebaut wird, was wiederum zum weiteren Sinken der Attraktivität dieser Räume führt.

Die soziale Heimatpartei NPD dagegen will den Teufelskreis aus Abwanderung und Überalterung im Interesse der Menschen nicht widerstandslos hinnehmen. Wir wollen Sachsen in allen seinen gewachsenen Landesteilen erhalten und fordern dafür eine grundlegende Neuausrichtung der gesamten sächsischen Finanz-, Investitions- und Infrastrukturpolitik – ganz im Sinne des Mottos dieses Landtagswahlprogramms: Heimat im Herzen – Zukunft im Blick.

Wenn Sie uns dabei unterstützen wollen, dann geben Sie uns bitte am 31. August 2014 Ihre beiden Stimmen, und denken Sie daran: Die Zweitstimme zählt!

Es grüßt Sie herzlich,
Ihr



Holger Szymanski

Landesvorsitzender der NPD Sachsen und Spitzenkandidat auf der Landesliste der sächsischen Nationaldemokraten

Kapitel	Seite
I Politische Ausgangslage	4
II Arbeit und soziale Sicherheit für alle Deutschen!	7
III Unser Weg in die Wirtschaft der Zukunft	11
IV Nein zu Asylmißbrauch und Überfremdung!	14
V Direkte Demokratie statt Parteienherrschaft und EU-Fremdbestimmung	17
VI Eigentum schützen, Grundrechte achten	19
VII Die Familie gehört in den Mittelpunkt der Politik!	23
VIII Bildung und Kultur	26
IX Die Grundlage für unser Leben: Unsere Heimat!	33
X Die Energiekrise lösen – Heimat und Umwelt schützen!	37

Impressum

Wahlprogramm der NPD zur Landtagswahl in Sachsen 2014

Herausgeber:

NPD-Landesverband Sachsen
Geschwister-Scholl-Str. 4
01591 Riesa
☎ 03525 – 875 185

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Thorsten Thomsen

Druck:
Eigendruck im Selbstverlag

Politische Ausgangslage



Die Politiker, die Debatten und die Parteien in Sachsen wie auch in Deutschland insgesamt gleichen sich mehr und mehr an. Es werden Scheinkontroversen um unwichtige Themen geführt, während die Schicksalsfrage der Zuwanderung aus Talkshows und Wahlkämpfen herausgehalten wird. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich gefällt sich darin, auf Potemkinsche Dörfer wie eine wachsende Wirtschaft und einen steigenden Export zu verweisen, um dadurch besser von der weiteren Entvölkerung der sächsischen Regionen und dem Verfall jahrhundertealter Kulturlandschaften ablenken zu können. Tillich möchte auch nicht darüber sprechen, daß Sachsen und Deutschland ihre Freiheiten und ihre Unabhängigkeit fast vollkommen verloren haben, weil immer mehr Rechte und Kompetenzen nach Brüssel an die EU verlagert werden. Ein einstmals bedeutender Freistaat wird so zu einer rein regionalen Selbstverwaltungseinheit herabgestuft, die kaum selbständiger ist als die Bezirke zu DDR-Zeiten.

WIE ALLES KAM, RÜCK- UND AUSBLICK AUF UNSERE HEUTIGE LAGE: WIE ES HEUTE IST

Ein Blick zurück macht die politische Lage im Jahr 2014 erst verständlich:

Sachsen war jahrhundertlang das industrielle Herz Deutschlands. Silber aus dem Erzgebirge, Porzellan aus Meißen, Spitzen aus Plauen, Kameras aus Dresden, Strümpfe aus Chemnitz, Bücher aus Leipzig, Autos aus Zwickau: das sind einige der Produkte, mit denen der Freistaat Sachsen in der ganzen Welt bekannt wurde. Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg und der Gründung der DDR mußten die Menschen in Mitteldeutschland das sowjetische System der Planwirtschaft übernehmen. Obwohl ein effizientes und erfolgreiches Wirtschaften im Rahmen einer solchen zentral gelenkten Planwirtschaft fast unmöglich war und obwohl Mitteldeutschland nach dem Krieg unglaublich hohe Reparationsleistungen zu erbringen hatte, war die DDR der mit Abstand wirtschaftsstärkste Staat des Ostblocks und wur-

de in Statistiken aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts teilweise als zehntgrößte Volkswirtschaft der Welt geführt. Auch dieses – gemessen an den Rahmenbedingungen – sehr gute wirtschaftliche Abschneiden war insbesondere auf Sachsen als volkswirtschaftliches Rückgrat der DDR-Ökonomie zurückzuführen. Die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Systemdefekte ließen sich aber auf Dauer auch durch Fleiß, Sparsamkeit und Findigkeit – die Haupttugenden der Sachsen – nicht ausgleichen. Die systembedingt desolate wirtschaftliche Lage und der drohende Staatsbankrott der DDR in Verbindung mit den Massenprotesten auf der Straße im Herbst 1989 hatten das politische Ende des SED-Regimes bewirkt. Die Blockparteien, die staatlichen Institutionen und die DDR-Regierung hatten keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung; die Massenproteste auf der Straße haben dies nur allzu deutlich werden lassen. Die Partei- und Staatsführung *konnte* nicht mehr so weitermachen wie bisher, und das Volk *wollte* nicht mehr

so weitermachen wie bisher. Der Wendeherbst 1989 und die Vereinigung der Deutschen in Ost und West gab der CDU-FDP-Bundesregierung noch einmal eine zweite Chance, das im Vollzug der Einheit spontan entstandene Gemeinschaftsgefühl der Deutschen zu festigen und in ein lebendiges Gemeinschaftsbewußtsein zu überführen. Aber auch diese zweite Chance wurde nicht genutzt, weil es der christlich-liberalen Koalition einmal mehr an innerer Kraft und dem ernsthaften politischen Willen für einen solchen gesellschaftlichen Wandel fehlte.

Sachsen als das frühere industrielle Herz Deutschlands hatte nach 1989 noch die besten Voraussetzungen unter den fünf neuen Bundesländern, an seine großen wirtschaftlichen Traditionen anzuknüpfen. Deshalb steht Sachsen heute wirtschaftlich im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern vergleichsweise gut da. Daß die jahrelange Alleinregierung der CDU die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg in Sachsen maßgeblich bestimmt hat, ist allerdings falsch: Vor allem säch-



sisches Können und sächsischer Fleiß, die sich in einer lebendigen industriellen und handwerklichen Tradition auch über die Jahre der Mißwirtschaft in der DDR bewahrt hatten, schufen die Voraussetzungen für den ökonomischen Wiederaufstieg.

Zeitweise schien es auch so etwas wie eine Renaissance des sächsischen Selbstbewußtseins auf politischer Ebene zu geben: Am 24. April 1998 enthielt sich allein das von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf geführte Sachsen bei der Bundesratsentscheidung über die Einführung der Zwangseinheitswährung Euro der Stimme, alle anderen Länder, einschließlich Bayerns, stimmten zu.

Diese Zeiten sind lange vorbei. Die Entwicklung hat sich sogar in ihr Gegenteil verkehrt, denn die Sächsischen Staatsregierungen der letzten zehn Jahre haben sich nur noch als reine Umsetzungsinstanz von Direktiven der Brüsseler EU-Administration verstanden.

Mit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Stanislaw Tillich im Mai 2008 wurde eine weitere verheerende und in ihren Konsequenzen noch gar nicht überschaubare Weichenstellung getroffen. Seit der Gründung des Freistaates im Jahr 1990 hatte es Sachsen geschafft, sich als deutsch und sächsisch geprägtes Land zu erhalten und die Ausbildung einer „multikulturellen

Gesellschaft“ auf sächsischem Boden zu verhindern. Sachsen wurde dafür reich belohnt: Im PISA-Ländervergleich belegt Sachsen seit dem Jahr 2008 unangefochten in allen Disziplinen den Spitzenplatz. Selbst renommierte Bildungsforscher müssen mittlerweile einräumen, daß dies auf den relativ geringen Anteil von „Kindern mit Migrationshintergrund“ an sächsischen Schulen zurückzuführen ist.

Dies alles – und noch viel mehr – wird jetzt durch die schrankenlose Zuwanderungspolitik der Regierung Tillich in Frage gestellt. Am Ende dieses Weges – dies wird mittlerweile ganz offen ausgesprochen – soll ein Sachsen stehen, in dem die Deutschen nur noch eine Minderheit sind. So äußert der Sächsische Ausländerbeauftragte, der CDU-Politiker Martin Gillo, auf seiner Internetseite über die relativ nahe Zukunft Sachsens bis zum Jahr 2035: „Es wird ein Zeitalter sein, in dem wir Herkunftssachsen in unserem Land die Minderheit darstellen werden.“

Was für ein brandgefährlicher Unsinn! Jeder verantwortungsbewußte und denkfähige Mensch weiß: Jahrzehntelange Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen bewirkt eine radikale Änderung unserer Bevölkerungsstruktur und damit irgendwann auch eine Änderung unserer Lebensweise und unserer Kultur. In so manchem sächsischen Großstadtviertel ist die Vision Martin Gillos von einer in die Defensive gedrängten

deutschen Minderheit schon fast Realität geworden, so liegt der Anteil der „Einwohner mit Migrationshintergrund“ im Leipziger Stadtteil Volkmarisdorf bei 31,0 Prozent und im Gebiet um die Leipziger Eisenbahnstraße bei 30,7 Prozent.

Ein weiteres Beispiel für das schrittweise Zurückdrängen unserer eigenen sächsischen Kultur ist der Bau der ersten Moschee im orientalischen Baustil mit zwei Minaretten in Mitteldeutschland, der ausgerechnet im Freistaat Sachsen, im Leipziger Stadtteil Gohlis, unter dem Beifall der Staatsregierung geplant ist. Auch hier zeigt sich einmal mehr die sträfliche und verantwortungslose Naivität der Staatsregierung: In Sachsen wird einer Glaubensgemeinschaft Tür und Tor geöffnet, die wesentliche historische Errungenschaften des abendländischen Kulturkreises wie die Gleichstellung von Mann und Frau, die Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit ablehnt.

Für die NPD steht fest: Sachsen soll ein gastfreundliches Land sein, das gerne mit anderen Ländern zusammenarbeitet. Eine schrittweise Veränderung der sächsischen Bevölkerungsstruktur wie auch das Errichten von Symbolen eines fremden Herrschaftsanspruchs über unsere Heimat unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und von politisch-religiösen Siegeszeichen wie Minaretten lehnen wir aber strikt ab.



WARUM BRAUCHT SACHSEN DIE NPD?

Die NPD wird zwar ausgegrenzt, ist aber die einzige politische Kraft in Deutschland, die völlig unabhängig agieren kann. Wir müssen auf keine Lobbygruppen Rücksicht nehmen, wir sind nicht mit den wirtschaftlichen Machthabern und ihren Strukturen verflochten und wir haben keine gesellschaftlichen Machtpositionen zu verteidigen. Das gibt uns die Freiheit, einen Politikansatz zu vertreten, den sonst niemand vertritt – nämlich die Interessen unserer deutschen Landsleute in den Mittelpunkt zu stellen.

Landtagswahlen sind nur alle fünf Jahre. In der Zwischenzeit kann die gewählte Staatsregierung im Grunde machen, was sie will. Erst bei der nächsten Wahl muß sie Rechenschaft darüber abgeben. In den kommenden fünf Jahren kann die Staatsregierung grundlegende Entscheidungen treffen und Fakten schaffen, die nicht mehr zu verändern sind.

Die NPD kann den Ausgegrenzten – nämlich den Bürgern – eine Stimme verschaffen, die auch bei den Themen nicht verstummt, über die sich die Herrschenden am liebsten total ausschweigen würden, wie beispielsweise Zuwanderung und EU-Kritik. Außerdem möchte die NPD dem Bürger endlich auch zwischen den Wahlen Einfluß und Mitsprachemöglichkeiten verschaffen. Deshalb setzen wir uns konsequent für Volksentscheide und mehr direkte Demokratie ein.

Sachsen ist nach wie vor geprägt durch den ländlichen Raum: Zu Recht sind die Vogtländer oder Niederschlesier, Erzgebirger oder Lausitzer stolz auf die Vielfalt sowie den landschaftlichen und kulturellen Reichtum ihrer Heimat. Diese Mehrheit der sächsischen Bürger, die nach wie vor im ländlichen Raum lebt und arbeitet, hat allerdings keinerlei Rückhalt in der sächsischen Landespolitik, die nach wie vor nur auf ihr „Leuchtturmkonzept“ der Entwicklung einiger weniger Metropolen setzt.

Die soziale Heimatpartei NPD ist die einzige politische Kraft in Sachsen, die es nicht akzeptiert, daß einzelne sächsische Regionen durch Abwanderung und Überalterung einen langsamen Tod auf Raten sterben. Wir wollen Sachsen in allen seinen gewachsenen Landesteilen erhalten und fordern dafür eine grundlegende Neuausrichtung der gesamten sächsischen Finanz-, Investitions- und Infrastrukturpolitik.

Die NPD ist die einzige Partei, die konsequent für die Verteidigung der sächsischen und deutschen Identität eintritt. Wir wollen keine Zustände wie in westdeutschen Bundesländern wie Bremen oder Nordrhein-Westfalen, die durch Armutszuwanderung, massenhaften Asylmißbrauch und Islamisierung geprägt sind.



Unser Ziel: **Arbeit und soziale Sicherheit für alle Deutschen!**

Alles spricht vom „Aufschwung“ oder vom „deutschen Jobwunder“. Gern verschwiegen wird dabei, daß die neuen Stellen oft keine vollwertigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze sind, sondern daß es sich um Teilzeitstellen, Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich oder Leiharbeit, also um sogenannte prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt.

Bei einer solchen Politik gegen Arbeitslose, Geringverdiener und die Mittelschicht ist es kein Wunder, daß Angela Merkels angeblicher Wirtschaftsaufschwung an vielen Menschen, Berufsgruppen und ganzen Landstrichen spurlos vorübergeht. Sachsen leidet darüber hinaus immer noch unter einer schon seit über zwei Jahrzehnten betriebenen falschen politischen Weichenstellung der CDU-geführten Staatsregierung: Anstatt die sächsische Wirtschaft in ihrer ganzen Breite und Vielgestaltigkeit zu fördern, wurden nur die „Metropolregionen“ – also im Klartext das Städtedreieck Leipzig, Dresden und Chemnitz – gefördert, während man die ländlichen Regionen in Sachsen zu „Entleerungsräumen“ erklärt und dem Verfall überläßt. Die unmittelbaren Folgen davon sind die beinahe komplette Deindustrialisierung der ländlichen Regionen Sachsens und die Abwanderung von vor allem jungen Deutschen nach Westdeutschland. Der dadurch verursachte Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten und die steigende Arbeitslosigkeit haben zur Folge, daß sich die soziale Frage in Sachsen schärfer stellt als anderswo.

Die NPD hingegen ist der Auffassung: Geld ist in diesem reichen Land genü-

gend vorhanden. Es muß nur endlich wieder der großen Mehrheit der Deutschen zugute kommen. Unsere Maxime lautet: Deutsches Geld für deutsche Aufgaben.

Nein zum modernen Sklavenhandel: Leiharbeit stoppen!

Viele der offenen Stellen, die von den Arbeitsämtern angeboten werden, sind dem Leih- oder Zeitarbeitssektor zuzurechnen. Eine Anfrage an die Sächsische Staatsregierung brachte beispielsweise vor drei Jahren ans Licht, daß in Sachsen mehr als 50.000 Menschen ihren Lebensunterhalt durch Leiharbeit verdienen! Das ist ein weiterer Beleg dafür, daß der Rückgang der Arbeitslosenzahlen noch nichts über die jeweiligen Beschäftigungsverhältnisse aussagt. Leiharbeiter sind also auch in Sachsen zu flexibel einsetzbaren und schlecht bezahlten „Feuerwehrleuten“ der innerbetrieblichen Krisenbewältigung geworden!

Und im Gegensatz zur Arbeitgeberpropaganda ist Leiharbeit eben kein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt: 70 Prozent aller Zeitarbeiter sind weniger als drei Monate beschäftigt – und 90 Prozent werden nicht durch den jeweiligen Kundenbetrieb in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Durch das ausufernde Leiharbeitsunwesen bessern die Herrschenden nur ihre Arbeitslosenstatistik auf – und das auf Kosten des Volkes.

Die NPD fordert daher:

- » **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** – auch bei Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Zuschlägen für Schicht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit. Ausnahmen durch gesonderte Flächen- oder Haustarifverträge für Zeitarbeit dürfen nicht mehr zulässig sein.
- » **Wiedereinführung der Begrenzung der Überlassungshöchstdauer** – Nach spätestens sechs Monaten muß ein Leiharbeiter in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden.
- » **Einführung einer Sondersteuer** für Unternehmen, die regelmäßig über längere Zeiträume Leiharbeiter für sich arbeiten

lassen, ohne diese in Festanstellung zu übernehmen.





Altersarmut

- ein mitteldeutsches Problem



Fachleute schlagen schon seit langem Alarm: Auf Sachsen und die mitteldeutschen Länder rollt eine Welle der Altersarmut zu, wie sie in Deutschland seit Jahrzehnten unbekannt und unvorstellbar war.

Der Grund: Personen, die heute in Rente gehen, haben größtenteils keine geschlossene Erwerbsbiographie mehr, wie es für die DDR-Bürger noch eine Selbstverständlichkeit war, sondern ihre Versicherungszeiten sind durch Zeiten der Selbstständigkeit und der Arbeitslosigkeit geprägt. Die Folge: Mitteldeutschland

wird in Altersarmut versinken, wenn nicht schnell und entschlossen gehandelt wird! Schon jetzt sind in Sachsen immer mehr Menschen von Altersarmut betroffen. Das belegen Zahlen des Statistischen Landesamtes. 2012 nahmen bereits 10 313 Frauen und Männer die sogenannte bedarfsorientierte Grundsicherung in Anspruch – 2003 waren es bei Einführung dieser speziellen Sozialhilfe für Rentner noch 6 132. Ganz konkret bedeutet dies auch, daß immer mehr Menschen Rentenansprüche erworben haben, die noch nicht einmal über Sozialhilfeniveau liegen, dafür aber oft ein Leben lang hart gearbeitet haben.

Die NPD fordert daher:

- » **Die Schaffung einer einheitlichen, beitragsgerechten Rentenkasse** für alle Erwerbstätigen ist unerlässlich. In einem solchen System tragen folgerichtig ausnahmslos alle – ob Arbeiter, Angestellter, Unternehmer oder Manager – die sozialen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam. Um eine Zweckentfremdung der Rücklagen durch die politisch Verantwortlichen auszuschließen, muß eine solche Volksrentenkasse auf rechtlich selbständige Beine gestellt werden.
- » **Aufgrund der verschiedenen Erwerbsbiographien, die zum Teil lange Zeiten der Arbeitslosigkeit oder geringer Entlohnung enthalten, muß eine solche Grundrente für alle deutschen Staatsangehörigen verpflichtend eingeführt werden.** Sie hat im Alter ein Auskommen in Würde zu sichern und ist vor allem auch zur Verhinderung der Altersarmut von Frauen eine sozialpolitische Pflicht.
- » **Die Einführung eines Kinderbonus,** gestaffelt nach Anzahl der Kinder, würdigt zusätzlich die Leistung der Eltern für ihre Familien und somit auch für das Allgemeinwohl. Dieser zusätzliche Rentenanteil stellt zudem sicher, daß auch die erzieherische Leistung von Eltern anerkannt wird.
- » Darüber hinaus soll natürlich für jeden Bürger weiterhin die Möglichkeit bestehen, durch zusätzliche private oder betriebliche Absicherung eine entsprechende Eigenvorsorge zu treffen.

Die Bilanz ist beschämend: Die statistische Arbeitslosigkeit sinkt in Sachsen und in ganz Mitteldeutschland, doch die Armutsquote bleibt auf hohem Niveau.



Das hat vor allem auch damit zu tun, daß in Deutschland etwa 1,3 Millionen Personen trotz Erwerbstätigkeit als „Aufstocker“ Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II beziehen müssen, weil sie den Unterhalt ihres Haushalts nicht allein aus ihrem Erwerbseinkommen bestreiten können. Und es liegt daran, daß in Deutschland jeder Vierte – insgesamt mehr als sieben Millionen Menschen – im Niedriglohnsektor arbeitet. Beim Anteil der Geringverdiener an der Gesamtzahl der Beschäftigten liegt in Europa nur noch Litauen vor Deutschland – dies fand das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) heraus.

Sachsen darf nicht länger Armutshochburg bleiben!

Ein Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem Jahr 2012 brachte es ans Licht: Armut ist in Sachsen ein weit größeres Problem als anderswo. Sachsen zählt hier mit einer Armutsquote von 19,6 Prozent bei einem Bundesdurchschnitt von 15,1 Prozent zu den Schlußlichtern in der Bundesrepublik, wobei nur vier andere Bundesländer einen höheren Wert zu verzeichnen haben. Noch düsterer sieht es in einzelnen ländlichen Regi-

onen Sachsens aus. Das Nürnberger Institut für Konsumforschung stellte in seinem Kaufkraftranking deutscher Landkreise fest, daß der Landkreis Görlitz der ärmste in Deutschland ist. In der Regionalausgabe der Sächsischen Zeitung las sich dies im Dezember 2012 wie folgt: „Im Kreis Görlitz leben die ärmsten Deutschen. An der Neiße hat jeder im Schnitt jährlich 15.687 EUR zur Verfügung. Woanders ist es doppelt soviel.“

Die NPD fordert daher:

- » **Die sächsische Staatsregierung muß regelmäßig nach Regionen gegliederte Armutsberichte vorlegen**, in denen ein Schwerpunkt auf die finanzielle Situation von Familien und den in ihnen lebenden Kindern gelegt werden. Weitere Schwerpunkte sollen die Themen Altersarmut sowie die „Vererbung“ von Armut sein.
- » **Recht muß Recht bleiben** und auch für jeden bezahlbar sein – deshalb spricht sich die NPD gegen eine pauschale Gebührenerhebung an Sozialgerichten aus, wie sie von einigen CDU-Politikern im Zuge der Klagewelle gegen Hartz-IV-Bescheide ins Gespräch gebracht wurde.

ALG II-Bezieher nicht alleine lassen!

Die von der Bundesregierung beschlossene „abschlagsfreie Rente mit 63“ führt in letzter Konsequenz zu einer Zwangsverrentung vieler Hartz-IV-Bezieher und somit zu wachsender Altersarmut bei dieser Personengruppe sowie zusätzlichen Belastungen für die betroffenen Kommunen, die für die dann notwendig werdende Grundsicherung im Alter aufkommen müssen.

Während sich bislang ältere Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt abmelden konnten und dann noch staatliche Leistungen erhielten bis zum Renteneintrittsalter, fällt dies nun weg. Als weitere Ungerechtigkeit für viele ohnehin schon bestrafte Langzeitarbeitslose kommt hinzu, daß die Zeiten des ALG-II-Bezugs bei der „abschlagsfreien Rente“ nicht angerechnet werden. Wer aufgrund dieser Neuregelungen zum vorzeitigen

Renteneintritt faktisch gezwungen wird, hat zudem bis zum Eintritt des regulären Eintrittsalters keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter, muß also als unfreiwilliger Frührentner bis zum 65. Lebensjahr Sozialhilfe beantragen, falls die Rente zum Leben nicht reicht. Bei der Sozialhilfe gelten jedoch geringere Vermögensfreibeträge und Einkommensfreigrenzen.

Lesen Sie auf Seite 10 weiter



Die NPD fordert daher:

- » **Gleichstellung von ALG-I- und ALG-II-Bezug bei der Anrechnung für die „Rente mit 63“.**
- » **Generelle Wiedereinführung der Rentenversicherungspflicht für ALG-II-Bezieher.**
- » **Beibehaltung der 58er-Regel,** wonach ältere Arbeitnehmer sich vom Arbeitsmarkt abmelden können und somit keine Zwangs-Frühverrentung eintritt. Wer hingegen faktisch zur Frühverrentung gezwungen wird, muß auch Grundversicherung im Alter erhalten dürfen.

Seit 2011 wird das Elterngeld auf das ALG II angerechnet. Das führt natürlich dazu, daß Einkommensschwache diesbezüglich benachteiligt werden.

- » **Das Elterngeld darf künftig nicht mehr auf das ALG II angerechnet werden.** Die NPD tritt für eine pro-natalistische Familienpolitik für alle Deutschen ein, unabhängig von ihrem sozialen Stand.

Die zur Bemessung der Kosten der Unterkunft in den Kommunen zur Anwendung kommenden Mietspiegel sowie der bundeseinheitliche Heizkostenspiegel halten in vielen Fällen mit der tatsächlichen Entwicklung der Heizkosten nicht Schritt. Was die Angemessenheit der Miete angeht, fehlen insbesondere im ländlichen Raum oftmals valide Daten bzw. Vergleichsmöglichkeiten.

- » **Der Landesgesetzgeber muß alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Kosten der Unterkunft realistisch festzulegen und die Individualprüfung klar, unbürokratisch und im Sinne der Antragsteller zu regeln und in diesem Bereich endlich Rechtssicherheit herzustellen.**

Nach wie vor ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber Arbeitswilligen, die sich auf das Niveau bloßer Leistungsempfänger herabgewürdigt sehen.

- » **Die NPD fordert daher eine Rückkehr zu der Trennung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe,** wie sie vor dem 01.01.2005 bestand. Gleichzeitig fordern wir die Verankerung eines Regional- bzw. Heimatprinzips bei der Vermittlung von Arbeitslosen, um der Abwanderung von Deutschen aus strukturschwachen und von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Gebieten, etwa des ländlichen Raumes, vorzubeugen.



Arne Schimmer

Diplom-Ökonom, Plauen

- » geboren 1973
- » 2000-2001 Prüfungsassistent
- » 2001-2003 Redakteur der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“
- » Mitglied des NPD-Parteivorstandes

Unser Finanzfachmann kämpft für eine bessere Finanzierung von Gemeinden, Städten und Kreisen.



Gitta Schüßler

Buchhändlerin, Limbach-Oberfrohna

- » geboren 1961
- » verheiratet, drei Kinder
- » Buchhändlerin, selbständig im Einzelhandel seit 1998
- » stellv. Bundesvorsitzende des Rings Nationaler Frauen (RNF)

Die dreifache Mutter will nicht, daß die Familien in Sachsen weiterhin im Regen stehen gelassen werden und kämpft für eine Mütterrente.



Solidarisch handeln, Leistung achten: **Unser Weg in die Wirtschaft der Zukunft**

Arbeit ist mehr als nur nackter
Gelderwerb: Arbeit schafft Wohl-
stand und Lebenssinn.

Aber mehr als 200 000 Sach-
sen sind heute davon ausge-
schlossen, weil sie arbeitslos
sind. Arbeitsplätze werden wegrati-
onalisiert und in Billiglohnländer
verlagert. Die Folge: Massenar-

Den Mittelstand stärken!

Das ökonomische Selbstverständnis
des Mittelstandes als Dreiklang von
Unternehmensleitung, Eigentum und
Haftung stellt ein qualitatives Kenn-
zeichen für die deutsche Volkswirt-
schaft dar. Im Gegensatz zu indus-
triellen Großkonzernen und Banken



beitslosigkeit und Armutslöhne.
Beides haben die Politiker zu ver-
antworten, die deutsche Arbeitneh-
mer dem internationalen Verdrän-
gungswettbewerb ausliefern. Die
NPD aber sagt: Arbeit für alle Sach-
sen ist möglich. Dafür brauchen wir
den sozialen Nationalstaat, der hei-
mische Betriebe und ihre Mitarbei-
ter vor einer hemmungslosen Glo-
balisierung schützt. Die Wirtschaft
hat dem Volk zu dienen – und nicht
das Volk der Wirtschaft!

ist ein einzelnes mittelständisches
Unternehmen zwar von keiner soge-
nannten „systemischen Bedeutung“,
der Mittelstand als Ganzes betrachtet
jedoch allemal! Nach Auffassung der
Nationaldemokraten darf der Mittel-
ständler, der im Gegensatz zu großen
Konzernvorständen und Bankenma-
nagern persönlich haftet, nicht für Ver-
fehlungen in Haftung genommen wer-
den, die nicht in der Betriebsführung,
sondern in politischen Fehlentschei-
dungen zu verorten sind.

Die NPD fordert daher:

- » Die sächsische Staatsregie-
rung soll regelmäßig in Ab-
stimmung mit den Landkrei-
sen und Kreisfreien Städten
sowie den regionalen Arbeit-
geber- und Arbeitnehmerver-
bänden eine wirtschaftliche
Bestandsaufnahme über die
kurz-, mittel- und langfristi-
ge Bestandssicherheit der
Betriebe und Arbeitsplätze
in den Kreisen durchzufüh-
ren, um auf dieser Grundlage
Aktionsprogramme zur Stärkung
der sächsischen Wirtschaft
in den einzelnen Regionen zu
entwickeln und umzusetzen.
- » Sachsen muß endlich die
eigentliche Basis seiner re-
gionalen Wirtschaft fördern,
nämlich die kleinen Betriebe.
Viele dieser Unternehmen leiden
unter Finanzengpässen. Zu-
meist sind es kleine Firmen mit
bis zu fünf Mitarbeitern, die auf
Grund fehlender Sicherheiten
keine herkömmlichen Bank-
kredite bekommen. Für diese
Unternehmen muß ein zusätz-
licher Kreditzugang, beispiele-
weise über die Gründung von
Mikrofinanz-Genossenschaften,
geschaffen werden.

Sparkassen und Raiffeisenbanken fördern

Schon im August 2007 hatte sich die Landesbank Sachsen (SachsenLB) mit hypothekenbesicherten amerikanischen Schrott-Papieren so verzockt, daß sie mit einem Notkredit gerettet werden mußte.

Im Dezember 2007 kam dann das endgültige Aus in Form eines Notverkaufs an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). In den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre schwadronierten insbesondere CDU-Finanzpolitiker von einer „Sachsen-Dividende“, die wegen der moderaten Verschuldung Sachsens angeblich an die Bürger ausgezahlt werden könne. Sie haben aber vergessen zu erwähnen, daß diese Konsolidierungserfolge durch das Spekulationsdebakel bei der früheren SachsenLB wieder zunichte gemacht wurden und

die angebliche „Sachsen-Dividende“ sich in eine Erblast umgewandelt hat, unter der die Bürger noch lange zu leiden haben werden!

Entgegen den Aussagen sächsischer CDU-Politiker im Jahr 2008 direkt nach dem SachsenLB-Bankrott, daß die Bürgschaften für mögliche Spekulationsverluste nie fällig würden, mußten die Steuerzahler des Freistaates bis zum Januar 2014 nun schon die unvorstellbare Summe von knapp 1,1 Milliarden Euro aufbringen.

Auch die Vorgeschichte zu diesem größten Skandal in der sächsischen Landesgeschichte ist interessant: Schon im Januar 2005 hatte die NPD-Fraktion einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt, der die Katastrophenpolitik

bei der SachsenLB unter die Lupe nehmen sollte. Diesen Antrag brachte die NPD dann noch weitere zwei Male ein, bis er von den LINKEN, die damals noch unter dem Namen PDS firmierten, kopiert wurde. Ohne diese NPD-Initiativen gäbe es wohl bis heute keine Aufklärung in dieser Affäre!

Das Geld, das jetzt für die Spekulationsverluste der SachsenLB aufgewendet werden muß, fehlt unserem Land – es fehlt bei der Finanzierung von sozialen oder kulturellen Einrichtungen, bei der Renovierung von Schulen, bei der dringend benötigten Einstellung von Lehrern, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen – und es fehlt vor allem dringend in unseren sächsischen Kommunen, von denen viele vor dem Bankrott stehen.

Die NPD fordert daher:

- » **Die Stärke des deutschen Bankenwesens liegt nicht in kapitalmarktorientierten Zockerbuden**, die, wenn etwas schief geht, mit Milliarden deutscher Steuergelder gerettet werden, sie liegt in unseren traditionellen raumorientierten Finanzierungssystemen wie Sparkassen und Raiffeisenbanken, die auf das Regionalprinzip festgelegt sind und deshalb auch wirtschaftlich schwächere Regionen mit Krediten und Bankdienstleistungen versorgen.
- » **Die deutschen Sparkassen dürfen nicht privatisiert werden**, um

ihre wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgaben auch weiterhin leisten zu können – entsprechende EU-Initiativen aus Brüssel sind abzulehnen.

- » **Die NPD setzt sich dafür ein, daß bei schweren Verletzungen der Aufsichtspflicht oder Veruntreuungsdelikten Schadensersatz- und Haftungsklagen gegen die verantwortlichen Manager und Verwaltungsratsmitglieder erhoben werden.** Noch wichtiger ist uns allerdings die Klärung der politischen Verantwortung. Sie trifft mit Blick auf den Bankrott der SachsenLB die sächsische CDU und insbesondere den früheren

Ministerpräsidenten Georg Milbradt, der die Landesbank erst auf ihren verhängnisvollen Kapitalmarktkurs brachte. Sie trifft nicht zuletzt auch den heutigen Ministerpräsidenten Tillich, da der von ihm als Finanzminister initiierte Notverkauf der SachsenLB ohne eigenen Nachtragshaushalt im Dezember 2007 nach einem Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs verfassungswidrig war. Der NPD reicht es nicht, daß nur Schadensersatzklagen gegen frühere Vorstände der SachsenLB erhoben wurde, nicht aber gegen diejenigen sächsischen Spitzenpolitiker, die im Verwaltungsrat saßen und dort ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt haben.

„Sächsisches Internet“ statt Datenklau und NSA-Bespitzelung

Frei zugängliche und lizenzfreie Software ist für öffentliche Verwaltungen eine qualitativ hochwertige und kostensparende Alternative zu den Produkten des Monopolisten Microsoft. Schon vor neun Jahren wies der Sächsische Rechnungshof darauf hin, daß durch eine Umstellung auf solche Open-Source-Software für den Freistaat Sachsen etwa 10 Millionen Euro an Lizenzkosten einzusparen wären. Bisher geschehen ist – nichts! Um den Steuerzahler zu entlasten, unterstützt die sächsische NPD alle Initiativen, die darauf abzielen, die teuren Microsoft-Produkte in der sächsischen Landesverwaltung durch Open-Source-Software zu ersetzen. Gleichzeitig würde dies auch zu einer Erhöhung der informationstechnischen Kompetenz und zur Stärkung des IT-Gewerbes beitragen.

Die NPD fordert daher:

- » Statt verbissen für die Erhaltung der Monopolstellung des US-Konzerns Microsoft zu kämpfen, sollte die Staatsregierung heimische Systemhäuser, Freiberufler, Computerläden und andere Unternehmen im IT-Bereich unterstützen und die Einführung von freier Open-Source-Software in der sächsischen Verwaltung vorantreiben.

Der Großraum Dresden/Freiberg ist einer der Schwerpunkte der deutschen Halbleiter-, Mikroelektronik- und Photovoltaikindustrie und bietet jetzt schon 40 000 Menschen in diesen Zukunftsbranchen Arbeit. Die Stärke des Dresdner Standorts geht noch auf DDR-Zeiten zurück, als mit „Robotron“ eine Leistungs-

plattform für Computer und Elektronik im Elbtal aufgebaut wurde, die zumindest viele Fachkräfte in einem räumlichen Verbund zusammenführte. Diese wirtschaftliche Leistungstradition muß in der Zukunft systematisch gefördert werden, damit Sachsen Spitze im Bereich der innovativen Informationstechnologie bleibt!



Mario Löffler

Unternehmer, Jahnsdorf

- » geboren am 1963
- » 19 Jahre selbständig als Kaufmann
- » Gemeinderat in Jahnsdorf und Kreisrat im Erzgebirge

Der Erzgebirger organisierte gemeinsam mit einem weiteren NPD-Kommunalpolitiker in Schneeberg die Bürgerproteste mit bis zu 2500 Teilnehmern gegen Gewalt und Asylmißbrauch.

Die NPD fordert daher:

- » Eine nationale und regionale Wirtschaftspolitik muß **Netzwerkbildungen wie im Dresdner Elbtal („Silicon Saxony“)** systematisch fördern, um zu verhindern, daß hochspezialisierte Fachkräfte in alle Windrichtungen verstreut werden und somit Verbund- und Synergieeffekte nicht genutzt werden können.
- » Neben den schon bestehenden Schwerpunkten Halbleiter- und Mikroelektronik soll-

ten **IT-Unternehmen gefördert werden**, die auf dem Feld der Entwicklung von Betriebssystemen und Anwendungssoftware bzw. auf dem Feld der Telekommunikation oder als Internetprovider arbeiten. Nur mit heimischen Unternehmen ließe sich ein „Deutsches Internet“ oder gar ein „Sächsisches Internet“ als wirksamer Schutz vor Industriespionage und dem Datenzugriff fremder Geheimdienste wie der NSA realisieren.

IV

Sachsen muß deutsch bleiben: Nein zu Asylmißbrauch und Überfremdung!

Sachsen erlebt die größte Zuwanderungswelle seiner Geschichte. Bis zum Ende dieses Jahres wird es nach einer Prognose des Sächsischen Ausländerbeauftragten, des CDU-Landtagsabgeordneten Martin Gillo, 100 Asylbewerberunterkünfte im Freistaat geben, die dann aus allen Nähten platzen werden! Die Kreisfreien Städte und Landkreise in Sachsen, die für die Unterbringung der Asylbewerber zuständig sind, brechen schon jetzt unter den auf sie abgewälzten Kosten der ungesteuerten Zuwanderung zusammen. Der Landkreis Görlitz mußte sogar schon eine Haushaltssperre erlassen, um die Gelder für die Asylanten zusammenzukratzen!

Das wirklich Schlimme an der Entwicklung ist, daß die Motive der nach Deutschland und Sachsen einströmenden Asylbewerber fast ausschließlich wirtschaftliche und soziale sind – und eben keine politische Verfolgung nach der Definition des Asylartikels im Grundgesetz vorliegt.

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden im Jahr 2013 ge-

rade einmal 1,2 Prozent aller Asylanträge positiv beschieden! Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß fast ausschließlich Armutsfüchtlinge nach Deutschland kommen, die zudem oft miserabel ausgebildet sind. Eine interne Auswertung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ergab, daß knapp jeder dritte Asylbewerber nach eigenen Angaben nur die Grundschule besucht hat und weitere 15 Prozent sogar nie eine Schule besucht haben.

Die NPD sagt ganz klar und deutlich: So kann es nicht mehr weitergehen! Seit mittlerweile sieben Jahren steigt die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ununterbrochen an. Durch diese Entwicklung wird Deutschland mehr

und mehr zu einem Pulverfaß, weil es sich Probleme aus allen Teilen der Welt importiert. Verrohte und religiös oder politisch radikalisierte Einwanderer, die die großzügige deutsche Asylgesetzgebung mißbrauchen, kommen nicht nur aus Tschetschenien, sondern auch aus vielen anderen Teilen der islamischen Welt nach Deutschland. Selbst Intensivtäter oder Mitglieder von terroristischen Gruppen wie dem „Kaukasischen Emirat“, einer brutalen Terrortruppe, die eine islamistische Diktatur im Nordkaukasus errichten möchte, können nicht abgeschoben werden, da einige formale Tricks wie ein Antrag an die Härtefallkommission des Bundestages oder des Landtages genügen, um sich einen Aufenthalt in Deutschland zu erschleichen. Mit unfafbbarer Naivität und Verantwortungslosigkeit öffnet sich Deutschland so den Problemen einer überbevölkerten und sich radikalisierenden islamischen Welt und wird selbst jedes Jahr ein wenig mehr zum Eldorado für Gewalttäter, islamistische Terroristen und Scheinasylanten.

Asylmißbrauch konsequent unterbinden!

Die NPD fordert daher:

- » **Ausländer, die in Deutschland schwere Gewalt- und Straftaten verüben, haben ihr Gastrecht verwirkt und müssen in ihre Heimatländer zurückkehren.**
- » **Die Sächsische Staatsregierung soll sich auf Bundesebene für eine Abschaffung des**
- » **einklagbaren Grundrechts auf Asyl gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes einsetzen.**
- » **Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig von deutschen Gerichten abgelehnt wurde, müssen in ihre Heimatländer zurückkehren.**
- » **Die mit Asylanträgen befaßten Verwaltungsgerichte müssen personell und finan-**
- » **ziell gestärkt werden, um ihre Aufgaben in einem angemessenen Zeitraum durchführen zu können.**
- » **Die Bürger müssen mit ihren berechtigten Sorgen und Ängsten viel stärker berücksichtigt werden.** Deshalb sollen Bürgerentscheide über die Einrichtung von Asylbewerberheimen auch auf der kommunalen Ebene – und nicht nur auf Kreisebene – zugelassen werden.

Der Deutsche Städtetag schlägt Alarm: Immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien stellen die Kommunen vor immer größere Probleme. Mancherorts hat sich die Zahl der südosteuropäischen Zuwanderer – bei denen es sich überwiegend um Angehörige der Volksgruppe der Roma handelt – seit dem EU-Beitritt dieser Staaten nahezu versechsfacht!

Armutszuwanderung stoppen!



Foto: Водник, cc-by-sa-2.5

Seit dem 1. Januar 2014 haben sich alle Einwanderungsschleusen wegen der vollen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien geöffnet.

Der Ökonom und Migrationsforscher Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erwartet in den nächsten zwei bis drei Jahren eine Nettoauswanderung von 260 000 Personen aus diesen beiden Staaten. Nach seiner düsteren Prognose könnten davon zwischen 40 und 70 Prozent nach Deutschland kommen, was einer Nettozuwanderung von jeweils 110 000 bis 180 000 Personen entspräche.

Gerade wegen der anhaltenden Euro-Krise werden die Balkan-Wirtschaftsflüchtlinge nicht mehr nach Spanien und Italien ziehen, wo zusammengenommen schon rund zwei Millionen

Roma aus Südosteuropa leben, sondern zu uns nach Deutschland, wo großzügige Sozialleistungen winken. Ganze Roma-Clans werden dann die Freifahrtskarte ins bundesdeutsche Schlarafia nutzen, die ihnen von der EU ausgestellt wurde. Die Gefahr besteht, daß auch sächsische Großstädte solche Roma-Ghettos bekommen werden, wie es sie schon jetzt im Ruhrgebiet gibt.

Die NPD fordert daher:

- » **das Schengen-Abkommen für Rumänien und Bulgarien auszusetzen**, denn die dortigen Regierungen wollen offenbar ihr Roma-Problem durch die EU-Freizügigkeit auf Deutschland abwälzen;
- » **die EU-Freizügigkeitsrichtlinie so zu ändern**, daß eine Zuwanderung von Wohlstandsflüchtlingen aus Rumänien und Bulgarien in den deutschen Sozialstaat unmöglich wird;
- » **Scheinselbständigkeiten, mit denen sich Roma hierzulande Kindergeld und andere Sozialleistungen erschleichen, zu unterbinden;**

» **den organisierten Schlepperbanden das Handwerk zu legen**, die die Einwohner ganzer Dörfer Südosteuropas nach Deutschland schleusen.



Statt immer neuer Euro-Rettungsschirme will die NPD einen Anti-Zuwanderungs-Schutzschirm über Sachsen spannen, damit uns Zustände wie in Westdeutschland erspart bleiben!

Sachsen braucht keinen Islamismus!

Es war – im Gegensatz zu den fortwährenden Beteuerungen der Etablierten – nur eine Frage der Zeit, bis auch in Sachsen die erste Moschee mit dem islamischen Herrschafts- und Machtsymbol des Minaretts entstehen würde. Im Herbst 2013 war es dann so weit: Der Leipziger Ahmadiyya-Gemeinde wurde eine mögliche Baugenehmigung für eine Moschee mit zwei Minaretten im Stadtteil Gohlis in Aussicht gestellt. Die Leipziger Moscheebaupläne stellen damit den vorläufigen Höhepunkt des Islam-Expansionismus auf dem Gebiet des Freistaats Sachsen dar. Schon seit Jahren – und dies ist ein Alarmzeichen mehr – hält sich mit dem aus Syrien stammenden Hassan Dabbagh einer der gefährlichsten und umtriebigen Salafisten Deutschlands in Leipzig auf, wo er sich mit der „Al-Rahman-Moschee“ in der Roscherstraße ein Zentrum für seine glaubenskriegerischen Aktivitäten schaffen konnte. Dabbagh bot schon bei zahlreichen Talkshows freimütig Einblicke in sein atavistisches Welt- und Menschenbild, z.B. als er einräumte, daß Moslems das Grundgesetz nur so lange akzeptieren würden, wie sie in der Minderheit seien, oder als er sogar versuchte, die von radikalen Islamisten geplanten Kofferbomben-Attentate auf deutsche Regionalzüge während der Fußball-WM 2006, die Hunderten von Menschen das Leben hätten kosten können, zu rechtfertigen. Oftmals kommen die Lobbyisten des radikalen Islam aber auch auf Samtpfoten daher, so wie die islamistische Gülen-Bewegung, die in Leipzig über ihren Tarnverein „Sächsisches Bildungszentrum e.V.“ eine Kindertagesstätte mit über 200 Plätzen eröffnen will.



Die NPD fordert daher:

- » **Islamisierung stoppen!** Es dürfen keine Genehmigungen mehr für Moscheen und/oder „Islamische Zentren“ in Sachsen erteilt werden. Ein Minarett-Verbot nach Schweizer Vorbild muß es auch bei uns geben!
- » **Mut zur Identität!** Der Erhalt und der Schutz der sächsischen, nationalen und abendländischen Identität muß als Staatsziel in unsere Landesverfassung aufgenommen werden.
- » **Sicherheit durch Recht und Ordnung!** Islamische Haßprediger müssen ausgewiesen werden. Gefährliche Salafisten-Vereinigungen sind gemäß §129 StGB als kriminelle Vereinigungen einzustufen.
- » **Baurecht konsequent anwenden!** Mit einer Änderung der Sächsischen Bauordnung nach Kärntner Vorbild können Bauvorhaben, die wegen ihrer Architektur von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichen, verhindert werden. Auch § 34 des Baugesetzbuches bietet eine Handhabe, um eine Orient-Moschee mit Minaretten zu verhindern.



Gemeinschaft neu denken: **Direkte Demokratie statt Parteiherrschaft und EU-Fremdbestimmung**

Der 21. Oktober 2001 war einer der schwärzesten Tage in der neueren Geschichte Sachsens. Bei dem bislang einzigen in der Geschichte des Freistaates Sachsen abgehaltenen Volksentscheid, der an diesem Tag stattfand, stimmte eine große Mehrheit der Sachsen für den Erhalt kommunal verankerter Sparkassen und gegen einen Finanzverbund. Wenn die CDU, wie sie es immer von sich selbst behauptet, tatsächlich demokratisch handeln und empfinden würde, hätte der zur Abstimmung gestellte Gesetzentwurf für die Beibehaltung kommunal verankerter Sparkassen zwingend Gesetz werden müssen.

Es kam aber nicht so. Stattdessen hebelten die CDU-Apparatschiks in ihrer grenzenlosen Demokratieverachtung das Ergebnis des Volksentscheids aus, und die Staatsregierung produzierte stattdessen ein neues Sparkassengesetz, das die Grundlagen für die Gründung der Sachsen-Finanzgruppe und damit – in einem weiteren Schritt – für die starke Ausweitung der Bilanzsumme der SachsenLB, schuf. Es ging einzig und allein darum, das Kapital der kommunalen Sparkassen dafür zu mißbrauchen, die Kapitaldecke der neuen SachsenLB zu stärken, um dann auf dieser Basis satzungs- und gründungsauftragswidrige Spekulationsgeschäfte an den internationalen Kapitalmärkten zu betreiben.

Die gescheiterte SachsenLB mit ihrer milliardenschweren Erblast wurde vom Volk also nie gewollt. Das Gegenteil ist der Fall: Das Volk war im Fall der Gründung der Landesbank um ein vielfaches klüger als die Politiker, die es eigentlich repräsentieren sollen!

Ein Debakel wie das um den Volksentscheid über die Zukunft der kommunalen Sparkassen darf sich in Sachsen nie mehr wiederholen! Es ist ein untragbarer Zustand, daß die Sachsen alle fünf Jahre einen Landtag wählen dürfen, aber in der Zeit zwischen den Wahlen in landespolitischen Dingen praktisch völlig entmündigt sind. Diese Verhältnisse sind schon lange nicht mehr zeitgemäß. Die Bürger Sachsens müssen die Chance haben, auch während einer Legislaturperiode zumindest bei grundsätzlichen Fragen mitzubestimmen!



Die NPD fordert daher:

- » **Die Quoren für die Abhaltung eines Volksantrages, der im Landtag behandelt werden muß, und für die Abhaltung eines Volksentscheides über einen zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf müssen deutlich gesenkt werden.** Es ist ein Armutszeugnis, daß es seit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen vor 24 Jahren nur zu einem Volksentscheid kam, weil die Hürde von 450 000 erforderlichen Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern einfach viel zu hoch ist.
- » **Das Ergebnis eines Volksentscheides muß für die Staatsregierung absolut bindend sein.** Es darf nicht die Möglichkeit bestehen, wie im Fall des Volksentscheides über die kommunalen Sparkassen, ein politisch unerwünschtes Ergebnis durch einen einfachen Landtagsbeschluß im Nachhinein wieder auszuhebeln.
- » **In Deutschland muß endlich die Möglichkeit für die Bürger geschaffen werden, direkt das Volk über alle politischen Fragen entscheiden zu lassen.** Dazu muß das Instrument des Volksentscheides im Grundgesetz verankert werden.

**V**

D-MARK STATT EURO-PLEITE

„Was wir tun, ist abwegig“ – mit diesen klaren Worten äußerte sich der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf schon im Juli 1997 während der Einführungsphase des Euro zu diesem neuen Währungsprojekt. Schon damals war klar abzusehen, was mittlerweile bittere Realität geworden ist: eine europäische Zwangseinheitswährung kann nicht funktionieren, weil kein einheitlicher Wirtschaftsraum gegeben ist!

Ganz gleich, ob man die Struktur der Wertschöpfungen, die Höhe der Wachstumsraten, die Arbeitslosigkeit, die Produktivität, den Lebensstandard, das Investitionsniveau und die Kapazitätsauslastungen, die Erwerbs- und Selbständigkeits-

quoten, die Einstellung zur Arbeit, die Mentalitäten oder die Streikbereitschaft betrachtet: Europa ist wirtschaftlich zerklüftet, wodurch eine gemeinsame Geldpolitik unmöglich wird. Je unterschiedlicher die wirtschaftlich bedeutsamen Strukturen sind, desto weiter muß der monetäre Anzug geschnitten sein, damit er den verschiedenen Strukturbedingungen in den jeweiligen Ländern und Regionen gerecht werden kann.

Die Zwangseinheitswährung Euro war daher von Anfang an zum Scheitern verurteilt und bürdet den Deutschen nun Haftungsrisiken auf, die beinahe die Billionengrenze überschreiten, wenn man die ver-

steckten Haftungsrisiken wie die Vergabe von sogenannten Target2-Krediten durch die Deutsche Bundesbank oder den Ankauf von ausfallgefährdeten Anleihen südeuropäischer Staaten durch die EZB hinzurechnet. Obwohl letzteres ganz klar dem EZB-Statut widerspricht, beteiligt sich die EZB auf diese Art und Weise an der direkten Finanzierung von Staatsschulden.

Damit wird die EZB aber selbst Schritt für Schritt zu einem maroden Institut, das auf der Aktiv-Seite seiner Bilanz die Ramsch-Anleihen von faktisch zahlungsunfähigen südeuropäischen Staaten stehen hat und diese dann auch noch als Deckung für den Euro dienen sollen. Das Ergebnis wird Inflation sein, und damit wird die Lebensleistung von Millionen von deutschen und europäischen Sparern entwertet.

Auch die durch Anleihenkäufe neu in Umlauf gebrachten Geldmengen der Europäischen Zentralbank helfen nicht den in Not geratenen europäischen Staaten, sondern sind Spielgeld, das in erster Linie Spekulanten und Banken zugute kommt. Die Zeche für diese Bankenrettung müssen aber alle zahlen, denn schon bald werden riesige Geldmengen keine reale Deckung mehr durch echte Vermögenswerte haben. Wenn zuviel Geld im Umlauf ist, dann bedeutet dies Inflation! Das Geld verliert an Wert und alles wird immer teurer – so verkommt der Euro mit jedem Jahr zum Teuro!

Die NPD fordert daher:

- » **Keine weiteren Finanzhilfen Deutschlands mehr für südeuropäische Pleitestaaten!**

Die künftige sächsische Staatsregierung muß darauf

verpflichtet werden, im Bundesrat konsequent gegen neue Rettungspakete und Hilfgelder für Griechenland, Portugal, Zypern oder andere bankrotte Staaten zu stimmen.

- » **D-Mark statt Euro-Pleite!** Es muß endlich ein verfassungsrechtlich abgesicherter Plan zum Ausstieg aus der Währungsunion und zur Rückkehr zur D-Mark erarbeitet werden!



Sicher leben: **Eigentum schützen, Grundrechte achten**

Seit der Grenzöffnung zu Polen und Tschechien haben Eigentumsdelikte massiv zugenommen.

Betroffen davon sind zum einen Bürger und Unternehmen in den grenznahen Regionen, wo von Buntmetallen bis zu Baumaschinen und Traktoren vor den Diebesbanden aus Osteuropa nichts mehr sicher ist, zum anderen aber auch die Bewohner im Landesinneren und in den Städten, wo insbesondere der Kfz-Diebstahl neue Dimensionen erreicht hat.

Als wäre das nicht schon genug, kommen auch noch Unmengen des Rauschgiftes „Crystal“, das vornehmlich in tschechischen Drogenküchen hergestellt wird, illegal nach Sachsen. Statt dieser erhöhten Bedrohungslage für die innere Sicherheit mit wirksamen Maßnahmen wie einer konsequenten Strafverfolgung, der Wiedereinführung von Grenzkontrollen und der Aufstockung der Polizei in grenznahen Regionen und den Kriminalitätshochburgen

in unseren Städten zu begegnen, baut die Staatsregierung im Zuge der sogenannten Polizeireform „Polizei. Sachsen.2020“ immer mehr Stellen ab und hält an ihrer Politik der offenen Grenzen fest. Fakt ist: Die Polizei ist angesichts des Ausmaßes der Kriminalität und ihrer ausgedünnten Personaldecke nicht mehr in der Lage, die Sicherheit der sächsischen Bürger in ausreichendem Maße zu gewährleisten!



Die NPD fordert daher:

- » **Polizeireform stoppen!** Kein weiterer Personalabbau bei der Polizei. Die an der Grenze tätige Bundespolizei ist ebenfalls personell aufzustocken.
- » **Sachsens Außengrenzen schnell und effektiv sichern!** Straßenbauliche Veränderungen, die Grenzdurchbrüche mit Autos unmöglich machen, müssen durchgeführt werden.
- » **Härtere Strafen für Drogen-Kriminelle!** Der illegale Handel mit der Todesdroge „Crystal“ ist kein Kavaliersdelikt.
- » **Kampf der Ausländerkriminalität!** Ausländer, die in Deutschland Straftaten verüben, müssen umgehend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden!
- » **Außerdem fordert die NPD eine genaue Erfassung der Täterherkunft in den Kriminalitätsstatistiken,** die künftig auch den Anteil der Täter „mit Migrationshintergrund“ ausweisen sollen.

Heimatlandprinzip statt Armutsimmigration

Deutschland wird zum Schlaffenland für Armutszuwanderer, unter anderem vom Balkan. Große Familienclans der Roma, die noch nie in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben, erhalten dennoch hohe Transferzahlungen wie Wohn- und Kindergeld.

Anfang Januar 2014 legte die EU-Kommission darüber hinaus fest, daß alle EU-Ausländer, die nach Deutschland einreisen, sofort einen Rechtsanspruch auf Hartz-IV-Leistungen erhalten, auch wenn sie nie in Deutschland gearbeitet haben und nicht einmal Arbeit suchen.

Deutschland wird so zum Sozialamt Europas – und verausgabt sich für die Alimentierung oftmals kriminel-

ler Balkan-Clans bis über die eigene Leistungsfähigkeit hinaus. Damit muß Schluß sein!

Die NPD fordert daher:

- » **Die seit dem 1. Januar 2014 geltende EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien muß wieder rückgängig gemacht werden.**
- » **In Deutschland muß für den Bezug von Sozialleistungen das Heimatlandprinzip gelten.**

Das bedeutet: Nicht erwerbstätige EU-Ausländer müssen keine Steuern und Beiträge zahlen, haben jedoch auch keine finanziellen Ansprüche gegenüber dem Gastland. Wer hilfsbedürftig ist muß seine Ansprüche unabhängig vom Aufenthaltsort an sein Heimatland richten.

ZEIT FÜR DIE FEUERWEHR-RENTE!

Die sozialen und gesellschaftlichen Strukturen in Sachsen wären ohne das ehrenamtliche Engagement vieler sächsischer Bürger unendlich ärmer und wesentlich weniger leistungsfähig. Ein gutes Beispiel dafür ist die Freiwillige Feuerwehr – die Kameraden schützen jeden Tag Eigentum, bergen Verletzte und retten Menschenleben. Der Dank dafür fällt spärlich aus: Die im Jahr 2009 vollmundig von der CDU im Landtagswahlkampf versprochene Feuerwehr-Rente wurde am Ende nie eingeführt, weil die Staatsregierung die Kosten auf die klammen Kommunen abwälzen wollte.

Die NPD fordert daher:

- » **Die sächsische Staatsregierung muß endlich ihr im Jahr 2009 gegebenes Versprechen einlösen und eine aus Landesmitteln finanzierte Feuerwehrrente einführen.**
- » **Die oftmals völlig veraltete und überholte Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehren muß auch über Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erneuert werden.**

Kein NATO-Drehkreuz Leipzig

Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze



Jedes Jahr werden Hunderttausende von US-Soldaten über den Flughafen Leipzig-Halle in Krisengebiete wie Afghanistan oder den Irak verbracht. Ein Skandal, denn der Flughafen ist nur für die zivile Nutzung, also den Reise- und Frachtverkehr, vorgesehen.

Daß die Truppen von einer privaten Fluggesellschaft, nämlich „World Air-

ways“, die im Auftrag des Pentagon fliegt, transportiert werden, ändert nichts an der Tatsache, daß dies einem rein militärischen Zweck dient. Ein Nebeneinander von ziviler und militärischer Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle widerspricht eindeutig seiner gegenwärtigen Widmung und ist daher mit dem in Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes verankerten Gebot der Rechtsklarheit nicht zu vereinbaren.

Die NPD fordert daher:

- » Die Staatsregierung muß die Öffentlichkeit endlich umfassend über die Sicherheitslage vor Ort aufklären, gerade auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Terrorisierungsgefahr. Zudem sind verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um mögliche Attentate zu verhindern und Sicherheit zu gewährleisten.
- » Die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle für US-Truppentransporte in Krisengebiete ist sofort zu unterbinden.



Dr. Johannes Müller

Arzt, Sebnitz

- » geboren 1969, eine Tochter
- » seit 2006 Facharzt, 2010 Übernahme der väterlichen Hausarztpraxis
- » seit 1999 Kreisrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Stadtrat in Sebnitz

Niemand kennt den Niedergang vieler ländlicher Regionen besser als unser Mann aus der Sächsischen Schweiz, der als Landarzt seine Patienten nie im Stich gelassen hat.

NSU-Hintermänner aufklären!

Noch immer steht im Freistaat Sachsen eine saubere und ergebnisoffene Aufklärung des NSU-Komplexes aus.



Mit geballter politischer Macht wird nach wie vor versucht, das Mittun, das Mitwissen und die Mitverantwortung staatlicher Behörden in einer Verbrechenserie zu vertuschen. Widersprüche und Beweislücken werden kaschiert, und die planmäßige Vernichtung von Beweismitteln innerhalb eines ganzen Systems der bewußten Vertuschung zur „Pannenserie“ wird bagatellisiert. Noch immer werden von der sächsischen Staatsregierung und den sächsischen Behörden die zahlreichen Indizien, die für eine Geheimdienstbeteiligung am oder doch zumindest für ein Geheimdienstwissen vom NSU-Komplex sprechen, heruntergespielt und unterdrückt, denn dann würde erkennbar werden, daß der ganze NSU-Komplex im Grunde genommen eine Staatskrise größten Ausmaßes darstellt.

Die NPD fordert daher:

» Ein Untersuchungsausschuß ist immer noch das schärfste Schwert der parlamentarischen Opposition, das die Geschäftsordnung vorsieht – und schon häufig haben in Untersuchungsausschüssen gemachte Zeugenaussagen oder überraschende Aktenfunde ein neues

Licht auf den Untersuchungsgegenstand geworfen. **Der sächsische Untersuchungsausschuß zum Behördenversagen rund um das mutmaßliche Zwickauer Terrortrio muß deshalb auch in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt werden.**

Das Auffliegen des „NSU“ hat einmal mehr die völlige Ineffektivität und Unfähigkeit des sächsischen „Landesamtes für Verfassungsschutz“ gezeigt. Entweder die sächsischen Schlapphüte wußten trotz zahlreicher V-Leute nichts vom mutmaßlichen Zwickauer Terror-Trio und seinem jahrzehntelangen Aufenthalt auf sächsischem Boden, oder sie haben es vorsätzlich gedeckt und damit die Verbrechen erst ermöglicht. Beides ist Ausweis eines in jedem Fall unfaßbaren Totalversagens des sächsischen Inlandsgeheimdienstes.

Die NPD fordert daher:

» **Das sächsische „Landesamt für Verfassungsschutz“ gehört als Institution der flächendeckenden Gesinnungsschnüffelei ersatzlos abgeschafft.** Politische Gewalt und Terrorismus sollten durch

die Polizei bekämpft werden, während der politische Parteien- und Ideenwettbewerb grundsätzlich frei von geheimdienstlicher Beeinflussung und Überwachung sein sollte.



Die DEUTSCHE

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich die seit 1976 erscheinende Monatszeitung Deutsche Stimme (DS) zu einem führenden Organ der nationalen Publizistik in Deutschland mit einer beachtlichen Bandbreite an Themen aus Politik, Zeitgeschichte, Wirtschaft und Kultur entwickelt. Sachkundige Beiträge berichten vom aktuellen Geschehen aus dem bundesrepublikanischen Tollhaus und verleihen der nationalen Opposition mit spitzer Feder eine energische Stimme.

Ob Globalisierung, Euro-Krise oder Multikulti-Wahn, die Verheizung deutscher Soldaten in völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, die unverschämten finanziellen Forderungen der Israel-Lobby, die immer skrupelloser von den USA vertretenen Weltherrschaftsgelüste oder die geistige und kulturelle Verwahrlosung unseres Volkes – kein Thema fällt der Zensur oder irgendwelchen Tabus zum Opfer.

Auch der Korrektur des von den Herrschenden einseitig vermittelten und oftmals manipulierten



Die Keimzelle des Lebens **Die Familie gehört in den Mittelpunkt der Politik!**

Intakte Familien sind die Grundlage unseres Volkes und des deutschen Sozialstaates. In der Familie werden Traditionen weitergegeben und Gemeinschaft und Solidarität gelebt.

Aber die Politik läßt die Familien nur allzu oft im Stich: Hohe Steuerbelastungen, der Zwang zur beruflichen Mobilität und die soziale Ausgrenzung von alleinerziehenden Müttern schaffen ein familienfeindliches Klima.

Die NPD sagt: Schluß mit der Benachteiligung der Familie! Deutschen Frauen muß wieder Mut zu Kindern gemacht werden. Ihre Leistungen müssen mit einer Mütterrente oder dem Anspruch auf einen kostenlosen Kita-Platz anerkannt werden. Es kann nicht angehen, daß unsere Gesellschaft ausschließlich die be-

rufliche Leistung würdigt, nicht aber die Leistung von Müttern an unserer Gemeinschaft. Im Gegenteil: Frauen, die sich bewußt für Kinder entscheiden, werden als „Gebärmaschinen“ beschimpft und verunglimpft.



Um dieser Konzeptionslosigkeit der etablierten Parteien etwas entgegenzusetzen, hat die NPD ihr Modell der Mütter-Rente entwickelt, um Müttern direkt zu helfen. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein, weder heute noch im Alter!

Die NPD fordert daher:

- » **Die Einführung einer Mütter-Rente.** Hierbei handelt es sich um ein Wahlmodell, das Müttern die Möglichkeit gibt, je nach Lebenssituation und beruflichen Wünschen zwischen zwei Leistungsmodellen der Rentenberechnung zu wählen. Einerseits sollen Mutter und Väter entsprechend der Anzahl ihrer Kinder früher in Rente gehen können – pro Kind um ein Jahr, maximal jedoch sieben Jahre, frühestens mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Andererseits sollen Mütter und Väter die Möglichkeit haben, jedes Kind bei der Berechnung des Rentenalters so zu berücksichtigen, als ob sie ein Jahr freiwillig in die Rentenkasse eingezahlt hätten. Das heißt, pro Kind wird ein Jahr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zugunsten eines jeden Elternteils angenommen.

STIMME

Geschichtsbildes fühlt sich die Redaktion der Deutschen Stimme verpflichtet.

Fernab bürgerlicher Anpasserei nimmt die Deutsche Stimme ihren journalistischen Kampfauftrag sehr ernst. Aus der Vergangenheit unseres Volkes die Kraft zu schöpfen, in der Gegenwart Hirn und Herz unseres Volkes zu gewinnen und die Zukunft unseres Volkes zu sichern: Dies ist oberstes Anliegen der Deutschen Stimme.

Jedes Abonnement der Deutschen Stimme ist damit ein Schlag ins Gesicht der Herrschenden, jeder Leser ein „geistiger Soldat“ für ein anderes – ein besseres, ein wirklich anständiges – Deutschland.



Wenn Sie wollen, daß den etablierten Politikern das Lachen vergeht, dann handeln Sie jetzt – und helfen Sie der Deutschen Stimme, wo immer es geht. Zeigen Sie mit Ihrem Engagement für die DS, daß Solidarität unter nationalen Deutschen keine Worthülse ist! Alle Deutschen, die es heute noch sein wollen, sind zur Unterstützung der Deutschen Stimme aufgefordert!

Abonnieren können Sie die DS mit dem Coupon auf der letzten Seite dieses Heftes.

Sachsen ist eines von vier Bundesländern, die ein **Erziehungsgeld** für Eltern zahlen, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen. Dieses sinnvolle Förderinstrument wurde im aktuellen Doppelhaushalt um jährlich 7,6 Millionen Euro gekürzt, konkret wurde das Landeserziehungsgeld für Kinder, die im Freistaat Sachsen ab

dem Jahr 2011 geboren wurden, für das erste und zweite Kind gesenkt. Sollte nun auch noch darüber hinaus das Bundesbetreuungsgeld wegen der neuen Mehrheitsverhältnisse seit der Bundestagswahl im September 2013 wieder abgeschafft werden, fehlen im Freistaat beträchtliche Haushaltsmittel für die häusliche Kinderbetreuung.

Die NPD fordert daher:

- » Das Landeserziehungsgeld erweitert über das Bundeselterngeld hinaus den finanziellen Spielraum der Eltern, sich in den für die frühkindliche Entwicklung so wichtigen ersten drei Lebensjahren zwischen häuslicher Betreuung und Fremdbetreuung möglichst frei entscheiden zu können. **Es sollte nach Auffassung der NPD deshalb in der Höhe, die vor den zuletzt vorgenommenen Absenkungen bestand, parallel zum Bundesbetreuungsgeld gezahlt werden.**

Die rund 50 sächsischen **Familienhebammen** leisten nach wie vor nicht nur bei, sondern auch vor und nach der Geburt, bei der Geburtsvorbereitung und der Stillberatung, eine ausgezeichnete Arbeit. Dennoch liegt die Nettovergütung der Hebammen in Deutschland seit vielen Jahren bei deutlich unter zehn Euro pro Stunde, im vom Bundesgesundheitsministerium erstellten Hebammen-Gutachten aus dem Jahr 2012 wurde ein durchschnittlicher

Nettostundensatz von 7,48 Euro ermittelt. Damit bewegen sich auch die Hebammen im Niedriglohnsektor. Nach der Ankündigung einer Versicherungsgesellschaft, nun auch noch die Gruppenhaftpflichtversicherung für Hebammen ganz aufzukündigen, besteht nun die Gefahr, daß Hebammen in der Freiberuflichkeit nicht mehr versichert sind und demzufolge dann nicht mehr tätig werden können.

Die NPD stellt klar:

- » **Die NPD unterstützt den Sächsischen Hebammenverband in seiner Forderung, die Leistungen der Hebammenhilfe und das Recht der Frau darauf ins Sozialgesetzbuch zu überführen.**

„Kaum etwas kann das Leben und die Entwicklung eines Menschen so schwer und umfassend belasten, wie sexuelle Gewalt in der Kindheit“ – diese Worte finden sich auf der Internetseite des unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmißbrauchs der Bundesregierung. Leider werden trotz solcher Er-

kenntnisse eigentlich dringend gebotene Maßnahmen eines aktiven **Opferschutzes** immer noch nicht umgesetzt.

Die NPD fordert daher:

- » **die Erarbeitung eines „Aktionsplans gegen Kindesmißbrauch“ für Sachsen**, in dessen Rahmen eine Sexualstraftäter-Datei eingerichtet werden soll. Mit einer solchen Datenbank kann dafür gesorgt werden, daß sich verurteilte Sexualstraftäter nicht in Einrichtungen, Vereine oder Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit einschleichen können. Außerdem sollen genau diese Einrichtungen informiert werden, wenn ein Sexualstraftäter nach einem Wohnortwechsel in ihre Gemeinde zieht.

KINDER- SCHUTZ STATT KUSCHEL- JUSTIZ



ZWEITSTIMME!

**HEIMAT
IM
HERZEN**
npd-sachsen.de



VIII

Bildung und Kultur: Die Identität stärken, die Zukunft sichern

Das sächsische Bildungswesen war in den vergangenen 20 Jahren vor allem durch insgesamt 1226 Schulschließungen aufgrund der katastrophalen Bevölkerungsentwicklung geprägt.

Andererseits haben die sächsischen Schüler bei PISA sowie anderen natio-

nalen und internationalen Leistungsvergleichen meist sehr gut abgeschnitten, wobei selbst renommierte Bildungsexperten einräumen müssen, daß dieser Umstand nicht zuletzt dem geringen Anteil von „Kindern mit Migrationshintergrund“ an sächsischen Schulen geschuldet ist. Trotzdem: Das sächsische Bildungssystem hat sich zumindest im

Vergleich mit anderen deutschen Ländern in seinen Grundzügen als relativ leistungsfähig erwiesen. Gleichwohl besteht auch hier Korrekturbedarf, der sich jedoch nicht an den alten ideologischen schulpolitischen Debatten der Alt-BRD orientieren sollte, sondern bewährte Strukturen mit neueren pädagogischen Erkenntnissen verbinden muß.

Die NPD fordert daher:

- » Sachsen spart sich im Bildungsbereich kaputt und die Staatsregierung sieht trotz guter Kassenlage dem um sich greifenden Unterrichtsausfall und der Überalterung des Lehrkörpers an sächsischen Schulen tatenlos zu. So werden sich die guten sächsischen PISA-Ergebnisse nicht mehr lange halten lassen! Die NPD fordert, daß den vielen jungen und hervorragend qualifizierten sächsischen Lehrern, die nach dem Ende ihrer Ausbildung gerne an heimischen Schulen unterrichten würden, endlich im Freistaat selbst eine Perspektive geboten werden muß. **Die noch bestehenden Schulstandorte, auch und gerade im ländlichen Raum, müssen unbedingt erhalten bleiben.**
- » **Die Bedeutung frühkindlicher Pädagogik ist kaum zu überschätzen. Die NPD fordert deshalb angesichts deutlich gestiegener Betriebskosten der sächsischen Kitas, die bislang auf die Kommunen abge-**
- wälzt wurden, eine deutliche Erhöhung der seit dem Jahr 2005 eingefrorenen Kita-Landespauschale.** Eine solche Erhöhung könnte auch endlich zur Einlösung des Versprechens beitragen, Kindern ein kostenfreies erstes Kita-Jahr zu ermöglichen. Die Betreuungsschlüssel im sächsischen Kita-Gesetz (SächsKitaG) sollten gesenkt werden, um eine bessere Betreuung der Kinder zu gewährleisten.
- » **Neben eine gezielte Hochschulpolitik muß auch eine Politik der Erhaltung der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in den kleineren Orten und auf dem flachen Land treten,** damit es für junge Familien attraktiv bleibt oder wieder wird, dort zu leben und Kinder großzuziehen.
- » **Die NPD lehnt die weitere Ausweitung inklusiver Pädagogik an den sächsischen Schulen ab.** Die von den Vertretern der Inklusion beispielsweise geforderte Abschaffung der Förderschulen ist nichts anderes als ein ideologisches Großexperiment auf dem Rücken behinderter und nicht-behinderter Kinder und würde im Endeffekt bedeuten, daß Kindern mit besonderem Förderbedarf nicht der Unterricht zuteil wird, den sie für eine optimale Entwicklung benötigen.
- » **Angesichts der bestehenden staatlichen Schulpflicht müssen eine kostenlose Schülerbeförderung, ein kostenfreies Schulesen für alle Kinder und die Lernmittelfreiheit künftig in Sachsen eine Selbstverständlichkeit sein.** Die NPD tritt für den Erhalt des bestehenden Schulnetzes ein, das nach den zahlreichen Schulschließungen der vergangenen Jahre ohnehin ausgedünnt ist, um insbesondere im ländlichen Raum zu lange Schulwege zu vermeiden.
- » **Die tief in der vogtländischen Industrietradition verwurzelte Hochschule Reichenbach mit ihrem europaweit anerkannten Institut für Textil- und Leder-technik, das für den gesamten Industriestandort Sachsen von Bedeutung ist, muß erhalten bleiben.**

Die **Kultur** ist der Ausdruck des lebendigen Selbstverständnisses einer Gemeinschaft und einer starken gemeinsamen Identität.

Eine „Welteinheitskultur“ in einer „One World“ wird von den Nationaldemokraten abgelehnt, die sich stattdessen zur Vielfalt der Kulturen bekennen. Nur wer sein kulturelles und historisches Erbe kennt, der weiß, wer er ist! Gerade deshalb müssen Sachsen und Deutschland eine Erinnerungskultur entwickeln, die endlich auch den eigenen Vorfahren ein ehrendes Andenken bewahrt.



Die NPD fordert daher:

- » **Die Keimzelle unserer gemeinsamen Kultur liegt in den Gemeinden und Regionen.** Jahrhundertalte Kulturlandschaften wie das Erzgebirge, das Vogtland, die Oberlausitz, die Sächsische Schweiz oder Niederschlesien dürfen deshalb nicht zu „Entleerungsräumen“ erklärt und aufgegeben werden. Wer die sächsischen Kulturlandschaften in ihrer Einzigartigkeit und Schönheit erhalten will, der muß bereit sein, Ausgleichszahlungen für sie zu leisten.
- » **Die historischen Stadtkerne müssen als Stätten des Wohnens, Arbeitens und des kulturellen Lebens in ihrem identitätsstiftenden Gehalt erhalten und weiterentwickelt werden.** Die Denkmalpflege hat seitens des Freistaates eine großzügige Unterstützung zu erfahren.
- » Die deutsche und sächsische Geschichte sind reich an Helden

und Mythen, an tragischen Niederlagen und großen Kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit. Im Gegensatz zum weitverbreiteten Klischee sind die Deutschen eben kein Volk von autoritätshörigen Sklaven, sondern ein freiheitsliebendes und rebellisches Volk. Dies muß sich endlich auch in der offiziellen Gedenk- und Erinnerungskultur sowie in den Lehrplänen der Schulen widerspiegeln, wo Ereignisse wie die Befreiungskriege, das Gedenken an den mitteldeutschen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 oder die Erinnerung an die Friedliche Revolution des Jahres 1989 einen zu kleinen Raum einnehmen. **Dem 17. Juni sollte künftig als Tag des Volksaufstandes der Status eines offiziellen Gedenktages verliehen werden.**

- » **Die nationalsozialistische Vergangenheit wird in Deutschland in negativer Hinsicht mythisch überhöht.** Dies zeigt auch ein Blick auf

die Lehrpläne sächsischer Gymnasien, wo sich der Geschichtsunterricht in den Jahrgangsstufen 9,11 und 12 fast ausschließlich auf die Betrachtung des „Dritten Reiches“ verengt. Dieses Ungleichgewicht muß nach Auffassung der NPD überwunden werden: Nicht in den Jahren 1933 bis 1945, sondern im Jahr 1813 mit den Befreiungskriegen, im Jahr 1848 mit der Schaffung des ersten, gesamtdeutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche und im Jahr 1871 mit Bismarcks Reichsgründung wurden die Fundamente für Nationalstaat und Demokratie gelegt, was sich auch stärker in den schulischen Lehrplänen widerspiegeln muß. Ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung wie die Vertreibung der Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen darf im Schulunterricht nicht mehr länger marginalisiert werden.

Ein würdiger Blick auf die eigene Geschichte

Die hartherzige Trauerlosigkeit der politischen Klasse und darüber hinaus von großen Teilen der Gesellschaft gegenüber den Kriegsoptionen des eigenen Volkes ist zutiefst beschämend. Diese Haltung wird auch immer wieder in den Debatten um die Bombardierung sächsischer Städte im Zweiten Weltkrieg deutlich: Die deutschen Opfer werden zum Zweck der nationalen Selbstanklage von der etablierten Politik erbarmungslos funktionalisiert, während diese gleichzeitig ein Bündnis mit militanten linksextremistischen Gewalttätern eingeht, um das eigene dogmatische Geschichtsbild unhinterfragbar zu machen.

Die NPD fordert daher:

» **Der Freistaat Sachsen muß endlich einen würdigen Rahmen für das Gedenken an die Bombardierung sächsischer Städte im Zweiten Weltkrieg finden**, in dessen Mittelpunkt zukünftig wieder die Bombenopfer zu stehen haben, wie dies selbst

zu DDR-Zeiten der Fall war. Der Staat darf nicht mehr länger dabei zusehen, wie organisierte Gewalttäter ihr Faustrecht gegen angemeldete und genehmigte Trauerveranstaltungen durchsetzen und damit den Rechtsstaat irreparabel be-

schädigen. In den sächsischen Städten, die besonders massiv von alliierten Bombardements betroffen waren, wie Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen, müssen würdige Gedenkorte zur Erinnerung an die Bombenopfer geschaffen werden.

UNSERE SPRACHE

Keine Kultur ohne Sprache, kein Denken ohne Worte: Die deutsche Sprache ist eine der wichtigsten Grundlagen der deutschen Identität.

Dennoch gibt es in Deutschland – völlig anders als beispielsweise in Frankreich – keine Anstrengungen, die deutsche Sprache zu schützen. Dies wäre bitter notwendig, denn längst geht es nicht mehr nur um den Gebrauch ärgerlicher und vermeidbarer

Anglizismen, sondern um die Totalverdrängung des Deutschen. In zahlreichen zentralen Lebensbereichen soll die deutsche Sprache vollkommen durch die englische Sprache ersetzt werden, so in der Wissenschaft, in den Chefetagen der Wirtschaft oder in der Europäischen Union.

SCHLÖSSER- PRIVATISIERUNG STOPPEN

Unser bauliches Erbe gehört uns allen



Die NPD fordert daher:

- » Die Rückgängigmachung des Rechtsformwechsels vom 01.01.2013, mit dem der Staatsbetrieb „Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen“ in die private Rechtsform einer GmbH überführt wurde. Rückkehr zum bewährten Staatsbetrieb nach § 26 der Sächsischen Haushaltsordnung (SäHO). Die Regelung vom 01.12.2009, allen Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren freien Eintritt in die Staatlichen Museen von Sachsen zu gewähren, soll auf die „Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen“ ausgedehnt werden und für alle Jugendlichen unter 18 Jahren gelten. Die Gebührenerhebung für den Schloßpark Pillnitz muß wieder rückgängig gemacht werden.

Sachsen ist der Hort eines reichen kulturellen Erbes und zahlreicher weltbekannter Bauwerke.

Von der Meißener Albrechtsburg über das Pillnitzer Schloß bis zum Dresdner Zwinger – das baulich-kulturelle Erbe Sachsens wurde von vergangenen Generationen in mühevoller Arbeit erschaffen und ist der steingewordene Ausdruck einer

tausendjährigen sächsischen und deutschen Geschichte. Es wurde allen sächsischen Bürgern und dem deutschen Volk hinterlassen und darf nicht der Profitlogik von Marktgesetzen unterworfen werden. Das sächsische kulturelle Erbe darf nicht für ein kurzfristiges Gewinnstreben vernutzt werden, sondern es muß gepflegt und für kommende Generationen erhalten werden.

UNSERE IDENTITÄT

Die NPD fordert daher:

- » **Deutsch muß im öffentlichen Raum in Sachsen die vorrangige Sprache sein.** Im Bereich der öffentlichen Verwaltung sollte es in Sachsen Vorschrift sein, keine unnötigen Anglizismen mehr

zu verwenden. Um Deutsch als Wissenschaftssprache zu fördern, sollten „internationale Studiengänge“, bei denen ausschließlich in englischer Sprache gelehrt wird, an sächsischen Hochschulen

weitestgehend zurückgedrängt werden. Stipendiaten sollten vom Freistaat Sachsen insbesondere dann gefördert werden, wenn sie ihre Arbeiten in deutscher Sprache veröffentlichen.



Abzocke stoppen!

Seit Anfang des Jahres 2013 muß jeder – selbst, wenn er kein Fernseh- oder Radiogerät besitzt – die neue Haushaltsabgabe für die öffentlich-rechtlichen Sender zahlen: Das sind 17,98 Euro pro Monat oder 215,76 Euro im Jahr, mit denen 22 Fernsehsender, 64 Radioprogramme und nicht zuletzt auch die in „Beitragservice“ umbenannte GEZ am Leben gehalten werden. Schon jetzt kassieren die Öffentlich-Rechtlichen acht Milliarden Euro im Jahr! Mit den knapp zehn Milliarden Euro, die diese Sender im Jahr einstreichen, leistet sich die Bundesrepublik den teuersten Staatsfunk und die höchsten Rundfunkgebühren der Welt.

Die NPD fordert daher:

- » **Stoppt den verfassungswidrigen Rundfunkbeitrag!** Keine Zwangsabgabe zugunsten der Fernsehbosse und der Verwaltungsapparate!
- » **Abgaben-Befreiung aus sozialen Gründen beibehalten!** Freistellung von Haushalten, die weder Fernsehen noch Radio nutzen, sowie Freistellung von Einkommensschwachen, Sehbehinderten und Gehörlosen.
- » **GEZ abschaffen!** Die Umbenennung in „Beitragservice“ ist nur Etikettenschwindel.

Alexander Delle

Bankkaufmann, Riesa

- » geboren 1973
- » kaufmännische Ausbildung zum Bankkaufmann
- » 1997-2004 Verlagsangestellter

Unser Mann für die Wirtschaft! Niemand setzt sich im Landtag so vehement gegen die mißlungene „Energiewende“ ein.



Jürgen Gansel

Historiker, Riesa

- » geboren 1974
- » 1999 Abschluß des Studiums der Mittleren und Neueren Geschichte sowie der Politikwissenschaft
- » Kreisrat des Kreises Meißen und Stadtrat in Riesa

Der scharfzüngigste Redner des Sächsischen Landtags packt heiße Eisen wie Asylmißbrauch und Armutszuwanderung an.

IX

Unsere Heimat! Die Grundlage für unser Leben

Heimat ist nicht der Ort, an dem wir uns zufällig aufhalten, sondern ein Stück von uns selbst.

In der Heimat merkt man, woher man kommt, was man ist und wo man hingehört. Ein Mensch ohne Heimat ist wie ein Baum ohne Wurzeln. Die Globalisierung aber entwurzelt die Menschen und macht sie zu Nomaden, die der Arbeit hinterherziehen sollen. Familie und Freundeskreis, Würde und Identität bleiben dabei auf der Strecke. Im heutigen Kapitalismus hat alles seinen Preis, aber nichts mehr seinen Wert.

Die NPD sagt: Heimat ist ein Menschenrecht. Die Politik hat den Menschen ein soziales Auskommen in ihrer Heimat zu garantieren. Nur so kann man sagen: Hier bin ich zuhause, hier bin ich Mensch!



Die Bewahrung der Heimat muß wieder zur zentralen Aufgabe der Politik werden.

Die Sächsische Staatsregierung und die sogenannten „demokratischen“ Fraktionen im Dresdner Landtag wollen die Bevölkerung allen Ernstes glauben machen, daß man sächsische Landesteile wie die Oberlausitz, das Vogtland, die Sächsische Schweiz oder das Erzgebirge nur so lange „halten“ kann – oder überhaupt halten sollte – wie

das globalisierte Wirtschaftssystem dies erlaubt.

An erster Stelle steht aber eine verhängnisvolle Unterlassung, nämlich der Verzicht auf jegliche Familien- und Bevölkerungspolitik – trotz des prognostizierten Rückgangs der sächsischen Bevölkerung um über 25 Prozent zwischen 1990 und

2020, der Halbierung der Schülerzahlen in wenigen Jahren, des demographischen Kollabierens ganzer Landesteile und des damit einhergehenden ökonomischen und sozialen Niedergangs, besonders in den ländlichen Regionen.

Lesen Sie auf Seite 32 weiter

Mittlerweile ist der Freistaat Sachsen ein zutiefst gespaltenes Land, in dem es einerseits wachsende Großstädte und andererseits den ländlichen Raum gibt, der von ökonomischer Stagnation, massiver Abwanderung und stetigem Geburtenrückgang geprägt ist. Das Berlin-Institut für Demographie sagt schon seit langem voraus, daß dies zur Zwangsevakuierung vieler Gemeinden und Dörfer führen wird, in denen die Infrastruktur als nicht mehr bezahlbar gilt. Im Landkreis Görlitz wurde 2011 in einer amtlichen Bürgerbefragung tatsächlich schon der Versuch unternommen, die Akzeptanz für solche Maßnahmen zu testen.

Damit letzteres nicht gelingt, fordern wir Nationaldemokraten eine neue Politik zur Stärkung der wirtschaftlich und demographisch verfallenden Regionen im Freistaat.

Zu den von der NPD vorgeschlagenen Maßnahmen zählen:

- » **die Dezentralisierung der Industrie** durch eine staatliche Förderung der Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Regionen;
- » **staatlich und kommunal geförderte Rückkehrprojekte** für die „Schrumpungsregionen“;
- » **Förderung und Aufbau von Familienstrukturen** als Grundlage für ein gutes Leben und gewerbliche Arbeit in der Heimat;
- » **verstärkter Ausbau der regionalen Infrastruktur** sowie der öffentlichen Verkehrsmittel, der Straßen und des Breitband-Internet;
- » **Stärkung der kommunalen Zuständigkeiten** und Kompetenzen für das Betreiben einer eigenständigen regionalen Wirtschaftspolitik und einer kommunalen Daseinsvorsorge (beispielsweise bei der Energieversorgung);
- » **Stärkung der kommunalen Finanzen** durch eine Reform der Finanzverfassung für Bund, Länder und Kommunen;
- » **zusätzliche finanzielle Unterstützung für die notleidenden Regionen** in ganz Deutschland durch einen zeitlich begrenzten Solidarpakt zur Bewältigung der strukturpolitischen Globalisierungsfolgen.

LAND BRAUCHT LEBEN

ZWEITSTIMME!

**HEIMAT
IM
HERZEN**
npd-sachsen.de

NPD

Daß bei etwas gutem Willen dieses Programm auch umsetzbar wäre, ist leicht nachvollziehbar, denn:

- » **Die Dezentralisierung der Wirtschaft ist heute mit Hilfe technischer Errungenschaften wie Internet sowie moderner Verkehrstechnik und Logistik ohne weiteres möglich** und wird von den Unternehmen auch praktiziert; durch eine konsequente staatliche Förderung würde dieser Trend verstärkt werden und zur Wiederbelebung vieler schon weitgehend entvölkerter Regionen beitragen.
- » **Die gezielte Modernisierung der Infrastruktur kann heute aus dezentralen Lagen einen Standortvorteil machen**, zumal in einem ohnehin kleinräumigen Land wie Sachsen.
- » **Land und leerstehende Immobilien sind im ländlichen Raum genug vorhanden** – ein erheblicher Standortvorteil, besonders angesichts des immer grö-

Die Frage der Zukunftsfähigkeit der sächsischen Regionen ist eng verknüpft mit dem Erhalt und dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Klar ist, daß die Mobilitätsfragen der Zukunft nicht durch den Individualverkehr alleine gelöst werden können.

Das bedeutet: Um überhaupt Leben in den Regionen zu erhalten, muß der öffentliche Personen- und Nahverkehr weiterhin wettbewerbsneutral in kommunaler Hand behalten werden. Gerade in diesem Bereich dürfen weder Bund noch Land die Zuschüsse kürzen, da insbesondere in Gebieten mit niedrigeren Einkommensniveaus bei

gleichzeitig dünner Besiedlungsdichte nur der ÖPNV für große Bevölkerungsteile überhaupt erst Mobilität und Mitfahrmöglichkeiten sowie Unabhängigkeit vom Auto schafft.



Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat deshalb in allen Haushaltsberatungen gefordert, die vom Bund erhaltenen Regionalisierungsmittel hundertprozentig für den ÖPNV-Betrieb zu verwenden und die Landeszuschüsse für den ÖPNV zu erhöhen. Die Erhaltung eines funktionierenden Regionalzugnetzes muß in Sachsen genauso zur obersten landepolitischen Priorität erklärt werden wie die Vermeidung von Streckenstillegungen und Fahrplanausdünnungen.

Bereit Mangels an Wohn- und Gewerberaum in den großen Städten.

- » **Eine engere Kopplung des Arbeitslebens an Familie und Heimat** würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, besonders bei stärkerer Einbindung auch der älteren Generation.
- » **Die Dezentralisierung der Arbeit würde Handel, Handwerk und öffentliche Infrastruktur in den Regionen stärken** und die Steuereinnahmen der Kommunen verbessern, letzteres besonders in Verbindung mit einer kommunalfreundlichen Steuerreform.
- » **Stärkere Kompetenzen der Kommunen im Bereich der Wirtschaft und Daseinsvorsorge** würden die regionale Wirtschaft beleben und etwa in der Energiewirtschaft eine verbrauchsnahe Energieerzeugung begünstigen.
- » **Ein Teil des Berufsverkehrs würde entfallen**, wodurch auch Umweltbelastung und Energieverbrauch abnehmen würden.



Ein Heimatministerium für Sachsen!

In Bayern geht man neue Wege, um der Entvölkerung und der Deindustrialisierung des ländlichen Raums zu begegnen. Seit Oktober 2013 – das dürfte weltweit einmalig sein – gibt es in Bayern ein Heimatministerium, das sich der Förderung von wirtschaftlich und demographisch schrumpfenden Regionen widmet.

Angesichts der noch viel dramatischeren sozialräumlichen Verwerfungen im Freistaat Sachsen und der noch stärker ausgeprägten wirtschaftlichen und demographischen

Spaltung Sachsens in die drei „Metropolregionen“ Chemnitz, Dresden und Leipzig einerseits und den Rest des Landes andererseits, würde auch Sachsen dringend ein Heimatministerium benötigen.

Ein solches Ministerium könnte Politikfelder wie die Entwicklung des ländlichen Raumes, Dorfentwicklung, ländliche Neuordnung, Ernährungswirtschaft, Agrarmarktstruktur, kommunale Finanzen und kommunale Wirtschaft sowie Teile der Industrie- und Gewerbeansiedlung, des Öffentlichen Personennahverkehrs und des

Strassenbaus im ländlichen Raum koordinieren und für eine bessere Umsetzung wichtiger landespolitischer Aufgaben sorgen. Außerdem wäre sichergestellt, daß der ländliche Raum immer mit einer eigenen Stimme am sächsischen Kabinetttisch vertreten wäre. Analog zum bayerischen Heimatministerium, das nicht in der Landeshauptstadt München, sondern in Nürnberg angesiedelt ist, sollte auch das sächsische Heimatministerium nicht in Dresden, sondern in einem nicht kreisfreien Oberzentrum wie Plauen oder Zwickau oder einem Mittelzentrum wie Bautzen oder Pirna angesiedelt werden.

Die NPD fordert daher:

» Angesichts der Herkulesaufgabe der strukturellen und demographischen Regenerierung des ländlichen Raumes **sollte Sachsen dem bayerischen Beispiel folgen**

und ein Heimatministerium schaffen.

» **Die Zahl der sächsischen Ministerien würde sich auch nach der Schaffung eines**

Heimatministeriums nicht erhöhen, wenn gleichzeitig das sächsische Wissenschafts- und Kultusministerium zu einem Landesbildungsministerium zusammengefaßt würden.

Verpflichtung von Politik und Verwaltung auf die Bewahrung der regionalen Vielfalt und ihrer Eigenheiten

„Die Bewahrung der Heimat muß wieder zur zentralen Aufgabe der Politik werden“ – diese grundlegende und selbstverständliche Forderung an die Politik muß nach Auffassung der NPD Verfassungsrang erhalten.

Deshalb fordert die NPD, in die Landesverfassung einen Artikel einzufügen, in dem sich der Freistaat Sachsen zur Vielfalt seiner gewachsenen Regionen und zum Schutz ihrer Eigenheiten bekennt.

Die NPD spricht sich außerdem gegen weitere Gebietsreformen und Gemeindefusionen aus, da die etablierte Politik damit größere und weniger regional und lokalpatriotisch verankerte kommunale Gebietskörperschaften schaffen möchte, die leichter steuer- und kontrollierbar sind und sich dadurch besser als Partner der Staatsregierung beim mittelfristigen „Rückbau“ der betreffenden Entleerungsgebiete eignen.

Für die kommunalen Finanzen, also für die Finanzen der Gemeinden, Städte, Kreise und Kreisfreien Städte, ist die Ausgestaltung des sächsischen Finanzausgleichsgesetzes (FAG) von zentraler Bedeutung. Seit einem Jahrzehnt kritisiert die NPD im Sächsischen Landtag, daß die prozentuale Aufteilung der Gesamtfinanzmasse zwischen Freistaat und

Kommunen von einem Regierungsgremium, nämlich dem sogenannten FAG-Beirat, am Parlament vorbei festgelegt wird, und die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene im Vergleich zur Landesebene nicht beseitigt wird. Während sich auf der Landesebene die Staatsregierung für ihre solide Haushaltspolitik abfeiert, wird gleichzeitig die Finanzsituation der Kommunen immer problematischer. Diese wird nach dem Ende des derzeitigen vorübergehenden konjunkturellen Strohfeuers noch schwieriger werden, denn dann werden die Kommunen im Zangengriff zwischen dem strukturellen Einbruch der Finanzmittel wegen des jetzt schon unabwendbaren Rückganges der Solidarpakt- und EU-Mittel einerseits und der kommenden konjunkturellen Abschwächung andererseits finanziell ersticken.

Die NPD fordert daher:

- » **Eine Anpassung des sogenannten Finanzmassenverteilungsverhältnisses zwischen dem Freistaat und den sächsischen Städten und Gemeinden zugunsten der kommunalen Ebene im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ist überfällig, wenn wir unseren notleidenden Regionen wirklich helfen und sie revitalisieren wollen.**



Ärztemangel im ländlichen Raum wirksam bekämpfen!

Sachsen hat schon längst nicht mehr das Problem eines drohenden Ärztemangels, sondern muß sich mit einem akuten bestehenden Ärztemangel auseinandersetzen. Schon jetzt liegt das Durchschnittsalter niedergelassener Ärzte im Freistaat Sachsen bei 51 Jahren. Nordsachsen, die Oberlausitz und Teile des Erzgebirges gelten bei Experten schon jetzt als Notstandsgebiete, und auch in den Kliniken können viele Arztstellen nicht

mehr besetzt werden. Besonders besorgniserregend ist das Bild bei den Hausärzten, also den Ärzten, die für jeden Patienten in der Regel der erste Anlaufpunkt und der eigentliche Begleiter im Leben mit Krankheit und Gesundheit sind, denn im Freistaat werden mittlerweile jedes Jahr Dutzende von Hausarztpraxen, insbesondere im ländlichen Raum, geschlossen, ohne daß ein Nachfolger bereitstünde.

Die NPD fordert daher:

- » **Von Zuschüssen an Medizinstudenten zur Bekämpfung des Hausärztemangels in Sachsen bis hin zu Investitionshilfen zur Ansiedlung und zum Erhalt von Hausarztpraxen im ländlichen Raum müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um den akuten Ärztemangel in Sachsen zu bekämpfen.** Auf die Sparkassen ist dahingehend einzuwirken, an junge Mediziner besonders günstige Existenzgründungsdarlehen zu vergeben, wenn sie sich im Freistaat Sachsen zwecks Neugründung oder Übernahme einer Arztpraxis niederlassen.
- » **Die Staatsregierung ist in der Pflicht, einen Maßnahmenplan zur Bekämpfung des Ärztemangels zu erstellen,** der die Kassenärztliche Vereinigung, die Landesärztekammer und die lokalen Verantwortungsträger mit einbezieht. Dieser Maßnahmenplan soll unter anderem auch eine Einteilung des Freistaats Sachsen in Bedarfsregionen mit besonders großem Ärztedefizit enthalten und für jede Region einen Ansprechpartner in der Verwaltung benennen, der bei der Ansiedlung neuer Ärzte behilflich ist.
- » **Es ist darüber hinaus auch Aufgabe der Staatsregierung, sich weiterhin auf Bundesebene für eine umfassende Reform des Gesundheitswesens zum Wohle der Patienten einzusetzen.** Ziel dieser Reform ist die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in allen Teilen Deutschlands – insbesondere im ländlichen Raum in Mitteldeutschland, wo der Ärztemangel mittlerweile besonders katastrophale Ausmaße angenommen hat. Grundvoraussetzung hierfür ist unter anderem auch die gleiche Bezahlung der Ärzte in ganz Deutschland. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!



Heimat und Umwelt schützen! Die Energiekrise lösen

Seit der mißlungenen „Energiewende“ der Bundesregierung mit ihrer den Bürgern aufgebrummten EEG-Umlage zur einseitigen Subventionierung von Solar- und Windstrom werden auch in Sachsen die Energiepreise mehr und mehr zur Armutsfalle. Zugleich sinkt die Versorgungssicherheit, zumal der Komplett-Ausstieg aus der Kernkraft im Hauruck-Verfah-

ren bis 2022 beschlossene Sache ist, aber keine ausreichenden Ersatzkapazitäten bestehen. Atomstrom-Exporteure wie Frankreich, Tschechien und demnächst auch Polen reiben sich schon jetzt die Hände: Deutschland steigt aus, aber unsere Nachbarn denken nicht im Traum daran – und werden uns ihren Strom teuer verkaufen!



Staatlichen und kommunalen Einfluß auf den Energiesektor zurückgewinnen

Fachleute für erneuerbare Energien sind der Auffassung, daß Sachsen seinen Energiebedarf aus heimischen Energien decken könnte, wenn der energiepolitische Schwerpunkt auf die Gemeinden verlagert würde. Der Verknappung und Verteuerung auf den internationalen Energiemärkten sowie der Ineffizienz der zentralistischen Energieerzeugung kann nach

Auffassung der NPD am ehesten auf dem Wege der Dezentralisierung im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbarer Energien begegnet werden. Gerade auch die technischen Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien und der Kraftwerkstechnologie begünstigen einen solchen Schritt.

- » **Deshalb fordert die NPD, die Aufgaben der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge um die Pflichtaufgabe „Energievorsorge“ zu erweitern.** Sachsen kann die Energiekrise überwinden, wenn die zentrale Stromerzeugung in Großkraftwerken mit ihren immensen Energieverlusten durch eine Vor-Ort-Energieerzeugung, die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsverfahren nutzt, ersetzt wird.

Die NPD fordert daher:

- » **Stoppt die „Energiewende“!** Keine Subventionspakete mehr für profitscheffelnde Solarunternehmer und energieintensiv produzierende Großkonzerne, die von Verbrauchern, Steuerzahlern sowie kleineren Unternehmen bezahlt werden müssen.
- » **Sprit-, Heizöl- und Erdgaspreise müssen stärker reguliert werden!** Preissenkungen am Weltmarkt sind unmittelbar an die Verbraucher weiterzugeben.
- » **Die Förderung heimischer und sauberer Energie muß durch ein breitgefächertes Maßnahmenbündel vorangetrieben werden!** Dazu gehört die Abschaffung der Wasserentnahmeabgabe, der Erhalt des Pumpspeicherkraftwerks in Niederwartha bei Dresden, die Förderung von Kleinwasserkraftanlagen, die Schonung der eigenen Ressourcen durch deutliche Minimierung der Braunkohleexporte und eine Kommunalisierung der Daseinsvorsorge im Energie- und Strombereich.



EURATOM AUFKÜNDIGEN

Die von der NPD geforderte Kommunalisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft kann nur gelingen, wenn die permanente Förderung der zivilen Atomenergie durch die EU gestoppt wird.

Das wichtigste Instrument der EU-Kommission, um eine dringend notwendige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien zu blockieren, ist der EURATOM-Vertrag, der 1957 als Teil der „Römischen Verträge“, die mittlerweile als Gründungsverträge der heutigen Europäischen Union gelten, unterzeichnet und 1977 durch die Schaffung einer eigenen Kreditlinie ergänzt wurde, die in erster Linie zur Finanzierung von Nuklearprojekten innerhalb und sogar außerhalb der EU genutzt wird.

EURATOM schreibt seitdem eine ganze Reihe von Privilegien für die Atomwirtschaft vor und ist jedweder parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen. In höchstem Maße bedenklich ist, daß über EURATOM auch besonders störungsanfällige Atommeiler in osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien finanziert werden und sogar Gelder für die Nachrüstung und Fertigstellung von Kernreaktoren außerhalb der EU nach Rußland und in die Ukraine fließen. Besonders bedrohlich ist aus sächsischer Sicht der fortgesetzte und über EURATOM subventionierte Betrieb der Meiler Dukovany und Temelin in der Tschechischen Republik, wobei letzteres nur 180 Kilometer von der sächsischen Grenze entfernt liegt. Der Landesverband Sachsen des Bund für

Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) stellte in einer eigenen Presseerklärung deshalb schon im Jahr 2010 fest: „Der BUND Sachsen hält die technische Konzeption mit einer Wasserkühlung der Reaktoren aus der Moldau in Zeiten extremer Temperaturen für höchst riskant. Weder die Wassermenge noch die Wassertemperatur werden ausreichen, um einen sicheren Betrieb des neuen Atomkraftwerks zu gewährleisten.“

Wenn dann aber mit falscher Rücksicht auf die schwerwiegenden Folgen für die tschechische Wirtschaft die Atomreaktoren nicht abgeschaltet werden, droht ein neuer Super-Gau, der die Ausmaße von Tschernobyl um ein Vielfaches übersteigt.“

Die NPD fordert daher:

» **Die sächsische Staatsregierung muß sich auf Bundesebene und europäischer Ebene dafür einsetzen, daß Deutschland den EURATOM-Vertrag aus dem Jahr 1957 einseitig aufkündigt** und daß die Zahlungen, die Deutschland bislang im Rahmen von EURATOM leistet, künftig für die Erforschung er-

neuerbarer Energien verwendet werden.

» **Bei Gesprächen auf bilateraler Ebene mit Vertretern der Tschechischen Republik muß sich die Staatsregierung viel nachdrücklicher als bislang für eine Stilllegung der tschechischen Atomreaktoren in Temelin und Dukovany**

einsetzen, da der Betrieb der tschechischen AKW für Sachsen und Deutschland ein nicht hinnehmbares Sicherheitsrisiko darstellt. Analog dazu muß die Staatsregierung gegenüber der Republik Polen klarmachen, daß die dort geplanten Atomkraftwerke nicht in der Nähe der sächsischen Grenze errichtet werden dürfen.

Tierschutz in die Landesverfassung!

Die Tiere sind unsere Mitgeschöpfe, die unseren Respekt und unseren Schutz verdienen! Das seit 2002 bestehende Staatsziel Tierschutz wird dennoch weiterhin mißachtet: Weder wurde die Verbandsklage für anerkannte Tierschutzverbände eingeführt noch wurde die Zahl der Tierversuche deutlich gesenkt.

Die NPD fordert daher:

» **Das Staatsziel Tierschutz muß endlich mit Leben erfüllt werden.** Eine Novellierung der Schlacht-Verordnung muß sicherstellen, daß die unsagbar grausame orientalische Praxis des Schächtens, also das betäubungslose Töten von Schlachtvieh durch sein rückstandsloses Ausbluten, in Deutschland und Sachsen endlich verboten wird!

Den Abwasser-Ruin stoppen!

Hausbesitzern helfen!

In vielen ländlichen Regionen Sachsens, insbesondere im Vogtland, in Mittelsachsen und im Erzgebirge, geht die Angst vor dem finanziellen Ruin um: Eine ab dem Jahr 2015 geltende EU-Richtlinie verlangt, daß bis zu diesem Zeitpunkt alle Kleinkläranlagen mit einer biologischen Reinigungsstufe nachgerüstet werden müssen, wofür im Einzelfall Kosten von 10 000 Euro und mehr anfallen können.

Das Problem betrifft insbesondere ländliche, dünn besiedelte Regi-

onen, in denen der Staat darauf verzichtet hat, ein Kanalnetz zu verlegen, um die Abwässer in einer zentralen Kläranlage zu reinigen – weil für eine solche staatliche Investition angeblich kein Geld vorhanden ist. Dafür werden die enormen Investitionskosten für die Nachrüstung der Kleinkläranlagen nun einfach auf die Bürger überwälzt, die oftmals nicht wissen, woher sie überhaupt das Geld für eine solch enorme Ausgabe nehmen sollen.

Außerdem besitzt dieses Problem schon rein größenmäßig eine solche

Dimension, daß eine Lösung bis zum Jahr 2015 utopisch ist, da der Bau der noch fehlenden, gut 10 000 Kleinkläranlagen beziehungsweise die Umrüstung schon bestehender Anlagen bis 2015 gar nicht geleistet werden kann.

Durch den wegen der drängenden Umsetzung der EU-Richtlinie zwangsläufig entstehenden Nachfragedruck dürfte in den kommenden Monaten der Preis der Anlagen außerdem nochmals enorm in die Höhe getrieben werden, was die Sorgen vieler Betroffener noch vergrößert.

Die NPD fordert daher:

» **Die Schaffung gleichartiger Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland ist im Grundgesetz-Artikel 72 als unhintergebarer Verfassungsauftrag festgeschrieben worden, der nicht aus Kostengründen in Frage gestellt werden darf.** Die NPD sagt: Deutsches Geld für

deutsche Aufgaben – der Staat muß die Grundinfrastruktur wie den Anschluß ans Abwasser-Netz auch im ländlichen Raum sicherstellen!

» **Die vom Freistaat Sachsen gewährten Zuschüsse (1.000 Euro für die Nachrüstung einer vorhandenen Anlage, 1.500 Euro beim Einbau**

einer neuen Anlage) sind viel zu gering, hier muß deutlich nachgebessert werden.

» **Für ältere Menschen muß es Härtefallregeln geben!** Von einem Rentner kann nicht mehr verlangt werden, daß er sich verschuldet, um die Nachrüstung seiner Kleinkläranlage zu bezahlen!



NPD-Landesverband Sachsen

IBAN **DE41 8605 5592 1100 0699 72**

BIC **WELADE8LXXX**

SPENDE



npd-sachsen.de



facebook.com/npd.sachsen



geschaeftsstelle@npd-sachsen.de



03525 – 875 185 | FAX 03525 – 875 200

Unterstützen Sie unsere Arbeit



- Ich möchte Mitglied der NPD werden.
- Bitte senden Sie mir kostenlos Infomaterial der NPD zu.
- Ich möchte spenden. Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf.
- Ich möchte im Wahlkampf helfen.
- Ich möchte die DEUTSCHE STIMME abonnieren (30 Euro im Jahr).

Vorname

Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Einsenden an: **NPD-Landesgeschäftsstelle, Geschwister-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa**